

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonntagen und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus halbjährlich 60 Mark, Einzelverkaufspreis 5 Mark. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Feilzeile oder deren Raum 16 Mark, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Mark, für Reklamen 50 Mark. Beilagengebühr für 1000 Stück 250 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstraße 46. Fernruf 926.

Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 239.

Donnerstag, 12. Oktober 1922.

29. Jahrgang.

Gegen die Devisenspekulation!

Eine Notverordnung?

Berlin, 11. Oktober.

Das Reichskabinett ist heute nachmittag zusammengetreten, um die Maßnahmen zur Eindämmung der Devisenspekulation und der damit verbundenen katastrophalen Entwertung der Mark zu beraten. Die geplante neue Devisenordnung geht darauf hinaus, daß die Devisenankäufe der Kontrolle der Außenhandelsstelle unterstellt werden.

Verboten und unter strenger Strafe genommen wird jeder Ankauf von Devisen, der nicht zum Zwecke der Bezahlung von Einfuhrwaren dient.

Die Kontrolle erfolgt in der Weise, daß von jedem Devisenkaufauftrag nicht nur wie bisher eine Abschrift an das Finanzamt, sondern auch eine Abschrift an die zuständige Außenhandelsstelle geleitet wird. Kommt die Außenhandelsstelle zur Überzeugung, daß der Devisenkauf Spekulationszwecken dient, so kann dem betreffenden Käufer der Devisenankauf ohne vorherige Genehmigung des Finanzministeriums überhaupt verboten werden.

In der Sitzung des Reichskabinetts wurde ferner einstimmig beschlossen, dem Reichspräsidenten den sofortigen Erlass einer Notverordnung

zur Einschränkung der Spekulation in ausländischen Zahlungsmitteln auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung vorzuschlagen.

Im Zusammenhang damit wurde

die Frage der Ausgabe wertbeständiger Schatzanweisungen

sowie weiterer Stützungsmaßnahmen für die Reichsmark erwogen. Die Beratungen hierüber sollen in den nächsten Tagen fortgesetzt werden.

Die Finanzkatastrophe.

London, 11. Oktober.

Zum Zusammenbruch der Mark sagt ein Leitartikel der „Times“: Bei jedem neuen Marksturz ergebe sich innerhalb wie außerhalb Deutschlands die Frage, wann der Zusammenbruch eintreten werde. In Wahrheit stehe Deutschland bereits mitten in einer Finanzkatastrophe, deren volle Auswirkung noch eintreten würde. Man müsse bezweifeln, ob Deutschland jetzt fähig sei, ohne Unterstützung der Inflation Einhalt zu tun, die einen Punkt erreicht habe, in dem eine auswärtige Kontrolle in irgend einer Gestalt unvermeidlich erscheine.

Heute mittag Veröffentlichung der Devisenordnung.

Berlin, 12. Oktober.

Der Wortlaut der Notverordnung über Devisenankäufe steht bereits fest. Man hört, daß er heute etwa um die Mittagstunde im Reichsgesetzblatt veröffentlicht werden wird. Der Inhalt der Verordnung wird bis zur offiziellen Veröffentlichung geheim gehalten, um der Spekulation nicht die Möglichkeit zu geben, schon vorher sich auf sie einzurichten.

Die Reichspräsidentenwahl.

Berlin, 10. Oktober 1922.

SPD. Wenn nicht etwa noch ein ganz außerordentliches Ereignis dazwischen kommt, das die Lage wieder vollkommen verschiebt, so kann man folgendes voraussagen: Der Reichstag wird dem Vorschlag der Regierung, die Reichspräsidentenwahl am 3. Dezember vorzunehmen, einstimmig oder fast einstimmig zustimmen. Und am 3. Dezember wird Friedrich Ebert entweder ohne Gegenkandidaten oder mit erdrückender Mehrheit gegen einen Kandidaten der Rechtsparteien durch das Volk zum Reichspräsidenten gewählt werden.

Die Aussicht auf dieses Ereignis ist natürlich allen denen unermüdet, die Gegner der Republik oder nur mit halbem Herzen bei ihr sind. Der Unterschied zwischen der Haltung der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei ist bemerkenswert. Die Deutsche Volkspartei hat sich anfänglich für eine hinauschiebung der Wahl auf weitere zwei Jahre ausgesprochen. Die Deutschnationalen hätten sich ihr gewiß gern angeschlossen, wenn sie sich in dieser Frage nicht zu sehr festgelegt hätten. Immer wieder hatten sie gezeigert und gestöhnt, daß die Reichspräsidentenwahl noch nicht ausgeschrieben sei, sogar schon zu einer Zeit, wo wegen Oberhieslens die Wahlverfassungsmäßig noch gar nicht möglich war. Jetzt, wo dieses Hindernis weggeräumt ist, können sie der Anziehung des Wahltermins nicht mehr widersprechen, ohne sich selber ins Gesicht zu schlagen. Es stellt sich aber jetzt heraus, daß sie sechs Wochen vor der Wahl überhaupt noch keinen Kandidaten haben. Angeblieh wird der Deutschnationale Parteitag, der Ende dieses Monats tagt, eine Kandidatur aufstellen. Es gibt aber auch eine Strömung, die sagt, man solle sich „zum Zeichen des Protestes“ an der Wahl überhaupt nicht beteiligen.

Inzwischen macht die Deutschnationale Partei Versuche, eine Art von Sammellandidatur gegen Ebert zustande zu bringen. Man spricht geheimnisvoll von einer der Parteipolitik ganz fernstehenden Persönlichkeit, die zu diesem Zweck in Vorschlag gebracht werden soll. Bei der Deutschen Volkspartei scheint aber gar keine Neigung zu bestehen, mit den Deutschnationalen Schulter an Schulter den Kampf um die Reichspräsidentenschaft auszufechten. Auch durch einen farblosen Kandidaten oder einen aus ihren eigenen Reihen — der ja dann auch doch nur ein Durchfallskandidat wäre — kann die Volkspartei nicht gelockt werden. Ebenjowenig vermag sie sich bisher für Ebert zu entscheiden. Eben aus dieser Verlegenheit entsprang ihr dringender Wunsch, man möchte ihr zur Überlegung dieser schwierigen Frage noch zwei Jahre Zeit lassen.

Auf alle Fälle kann man jetzt schon mit dem höchsten Grade von Wahrscheinlichkeit voraussagen: Ebert wird nicht im Kampf zwischen bürgerlichen Parteien und Sozialdemokratie gewählt werden, sondern außer den Sozialdemokraten werden ihm auch unzählige bürgerliche Wähler ihre Stimmen geben. Selbst wenn die Kandidatur Ebert als reine Parteikandidatur aufgestellt würde und alle andern Parteien ihre eigenen Kandidaten aufstellten, ließe sich das nicht verhindern. Denn unzählige bürgerliche Wähler würden in diesem Fall nicht auf die Partei, sondern auf den Mann blicken, und sie würden sich sagen, daß es im Interesse des Reiches zweifellos viel besser sei, das höchste Reichsamt in der Hand eines Mannes zu belassen, der sich bewährt hat, als es in so gefährlichen Zeiten unerprobten Händen anzuvertrauen.

Der Sieg Eberts am 3. Dezember 1922 wird also nicht in dem Sinne ein Wahlsieg der Sozialdemokratie sein, in dem sonst der Sieg eines Parteimannes bei einer Wahl zugleich auch ein Sieg der Partei gewesen ist. Damit ist aber alles eher gesagt, als daß der Sieg Eberts nicht auch ein Anlaß zur Freude und Genugtuung für die Partei wäre. Die Partei hat ein Recht, stolz zu sein, wenn einer der Ihren sich im höchsten Reichsamt so bewährt hat, daß auch sehr viele Angehörige anderer Parteien, vielleicht ganze Parteiverbände, entschlossen sind, ihm ihre Stimme zu geben. Ueber Ebert schreibt jetzt auch die volksparteiliche „Deutsche Allgem. Ztg.“:

„Herr Ebert gewann während seiner Amtszeit in hohem Maße die Achtung des Bürgertums, namentlich aller, die sein erfolgreiches Wirken beurteilen konnten. Er zeigte sich in schwerer Zeit seinen gewiß nicht leichten Aufgaben weit mehr gewachsen, als zu erwarten schien, und ist in der Erscheinung Flucht der Nachkriegszeit eine seltene Ausnahme als Persönlichkeit, deren Ansehen und Bedeutung sich nicht minderten, sondern vermehrten.“

Bis weit in die rechtsstehenden Kreise hinein ist man der Überzeugung, daß ein Mann, der sich besser zum Reichspräsidenten eignen würde als Ebert, nicht vorhanden ist. Verschiedene erstler zu nehmende Persönlichkeiten haben das Angebot rechtsstehender Kreise, sie als Kandidaten zur Reichspräsidentenwahl vorzuschlagen, in richtiger Erkenntnis der zu befürchtenden Blamage abgelehnt. Gelingt es den Deutschnationalen trotzdem, einen Mann hervorzuholen, der das Spiel wagen will, so wird er wahrscheinlich danach sein. Man spricht von Herrn v. Kahr, der doch eigentlich mehr eine Vorkandidatur wäre. Vielleicht muß man aber noch etwas tiefer greifen, um einen zu finden, der sich überhaupt dazu hergibt.

Jedoch das sind alles Sorgen anderer. Die Sozialdemokraten werden am 3. Dezember Mann für Mann und Frau für Frau an die Urne treten, um den Mann zu wählen, der der Kandidat der geeinten Sozialdemokratischen Partei ist.

Der türkisch-griechische Waffenstillstand. — Regierungskrise in England.

Berlin, 12. Oktober. (Drahtber.)

Das Waffenstillstandsprotokoll zwischen der Türkei auf der einen und Griechenland und der Entente auf der andern Seite ist am 10. Oktober in Mudania unterzeichnet worden. Danach müssen die griechischen Truppen binnen 14 Tagen Thrakien geräumt haben. Die türkischen Zivilbehörden übernehmen 30 Tage nach diesem Termin die Zivilverwaltung des Gebiets. Sie haben auch das Recht, in diesem Gebiet eine Ordnungspolizei zu unterhalten. Die interalliierten Missionen und Truppenteile werden sich 30 Tage nach der Räumung durch die griechischen Truppen zurückziehen. Die Nationalbanken verpflichten sich ihrerseits, aus der neutralen Zone ihre Truppen zurückzuführen. Die neutrale Zone wird durch eine gemischte Kommission, in der auch die Angoraregierung vertreten ist, neu festgelegt werden. Eine Heeresmacht darf die Angoraregierung erst nach Friedensschluß in Thrakien garnisonieren. Man muß zugestehen, daß die Angoraregierung im großen und ganzen das erreicht hat, was sie erreichen wollte, und es ist zu hoffen, daß der Friede im Orient vorerst gesichert ist und daß sich die einzelnen Parteien mit wesentlich ruhigeren Gefühlen zu der Friedenskonferenz zusammenfinden als es unter andern Umständen hätte der Fall sein können. Es ist allerdings die Frage, ob nicht diese Konferenz, die den Frieden im Orient endgültig sicherstellen soll, durch die Regierungskrise in England eine erhebliche Verzögerung erleiden wird.

Der englische Ministerrat, der gestern zu einer besonderen Sitzung zusammengetreten ist, hat beschlossen, das Parlament aufzulösen und die

Neuwahlen

in sechs Wochen oder spätestens Mitte Dezember stattfinden zu lassen. Es ist anzunehmen, daß auch Lloyd George diesen Beschluß billigen wird. Seine Stellung ist durch die Ereignisse im Orient stark erschüttert worden, und es geht nicht an, daß ein Staatsmann, mit dessen auswärtiger Politik das gesamte Volk nicht einverstanden ist, weiter die erste Rolle in einem Lande spielt, ohne vorher das Volk zu befragen, ob man ihm auch weiter die Geschicke des Landes anvertrauen will. Es kann kein Zweifel darüber herrschen, daß England damit vor einem äußerst erbitterten Wahlkampf gestellt wird. Die bisherige Regierungskoalition, die sich aus einem Teil der Konservativen und einem Teil der Liberalen zusammensetzt und die noch unter dem Eindruck des Krieges stand, ist bereits seit Jahr und Tag in sich verfallen. Auf der einen Seite streben die Konservativen zu den Unionisten vom alten Schläge wieder zurück, auf der anderen Seite haben sich die Regierungsliberalen schon längst davon überzeugen müssen, daß eine Koalition mit den Konservativen auf die Dauer nicht möglich ist und daß die unabhängigen Liberalen recht hatten, wenn sie Lloyd George, dem Vielgewandten, eine entschieden liberale Politik nicht zutrauten. Ein Mann, der auf dem Parquet von Versailles Deutschland nicht genug Lasten auferlegen konnte, um ein paar Jahre darauf am lautesten nach der Befreiung von diesen Lasten zu schreien, mag, wenn er ein geschickter Taktiker ist, für Uebergangszeiten nützlich sein, er muß in dem Augenblick verderblich wirken, in dem es sich als notwendig erweist, einen geraden Weg zu gehen.

Die englische Arbeiterpartei, die auch heute schon im englischen Parlament eine ansehnliche Vertretung hat, hat die

Lage am ersten verstanden. Als England noch unter dem Zeichen der Kriegspychose stand, hat sie bereits offen bekannt, daß der Friede von Versailles Deutschland in wesentlichen Teilen untragbare Lasten aufgebürdet hat. Sie ist nicht müde geworden, diese Tatsache immer wieder zu betonen. Wenn Lloyd George zuguterletzt in daselbe Horn stieß, so folgte er damit lediglich den Gedankengängen der englischen Arbeiterpartei. Auch in der Orientfrage und in der irischen Frage haben die englischen Arbeitervertreter zielbewußt von vornherein jene politische Linie verfolgt, die sich später als die richtige herausstellte. Kein Wunder, daß das Vertrauen zu der Arbeiterpartei im Laufe der letzten Jahre in England mehr und mehr gewachsen ist und daß ihr Anhängerkreis einen mächtigen Aufschwung nahm. In fast allen Wahlen, die als Ergänzung der Reichswahlen erfolgten, hatte die englische Arbeiterpartei einen überraschenden Stimmenzuwachs zu verzeichnen, und mehr als ein Mandat fiel ihr in den Reichswahlen zu. Das berechtigt zu der Hoffnung, daß es die englische Arbeiterpartei sein wird, die bei den Neuwahlen den ersten Platz einnehmen wird.

Die Abdankung Mahmed VI.

London, 11. Oktober.

Die „Morningpost“ meldet, daß der Sultan seinen endgültigen Thronverzicht angeboten habe. Die Nationalversammlung hat beschlossen, ihn anzunehmen. Die Nachricht wird bestätigt durch eine Havas-Meldung aus Konstantinopel, daß eine Verfügung des Finanzministeriums von Angora alle Abmachungen, Verträge und Dekrete, die von der Regierung, die seit dem 16. März 1920, d. h. dem Abschluß des Friedensvertrages von Sevres abgeschlossen oder veröffentlicht wurden, als null und nichtig bezeichnet

Bevorstehende Konferenz der Reparationskommission.

Paris, 11. Oktober.

Nach dem „Matin“ soll der englische Delegierte Sir John Bradbury der Ansicht sein, daß die Kommission nicht, wie anfangs geplant, den November abwarten dürfte, um Maßnahmen gegen den Bankrott Deutschlands zu treffen. Bradbury will deshalb beantragen, daß Deutschland bis Ende 1923 von allen Barzahlungen befreit wird und daß das Garantiefomitee gleichzeitig ein Vetorecht erhalte, um die deutschen Staatsausgaben zu kontrollieren und die Emission von Papiergeld unter Umständen zu verhindern. Dieses Veto des Garantiefomitees sei durch Frankreich wiederholt gefordert worden. England habe es bisher abgelehnt mit dem Bemerkten, es könne nur im Falle einer bedeutenden Herabsetzung der deutschen Schuld das Vetorecht zugestehen.

Clynes über den Versailler Vertrag.

London, 12. Oktober.

Der sozialistische Arbeiterführer Clynes forderte in einer in Buzton gehaltenen Rede die Abänderung des Versailler Vertrages, der die eigentliche Ursache für die wirtschaftliche Notlage aller Staaten, auch Englands, sei. Clynes kam dabei auch auf die kürzlichen Ausführungen Mac Kennas auf dem amerikanischen Bankierstag zu sprechen und betonte, da jetzt Zeit sei, daß sich die finanziellen und wirtschaftlichen Kräfte Englands endlich zusammen schließen, um die Abänderung des Vertrages durchzuführen.

Dollar 2450.

Der Rathenau-Mord vor dem Staatsgerichtshof.

Achter Verhandlungstag: Die Anklage.

Die beantragten Strafen.

SPD. Leipzig, 11. Oktober. (Eig. Drahtber.)

Nach einer mehrstündigen Anklageerörterung beantragte der Oberreichsanwalt gegen die Angeklagten im Rathenau-Prozess folgende Strafen:

Gegen Ernst Werner Tschow wegen Mittäterschaft die Todesstrafe

und die dauernde Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte. Gegen den 17-jährigen Hans Gerd Tschow in Anbetracht seiner Jugendlichkeit wegen Beihilfe vier Jahre Gefängnis, wegen Begünstigung sechs Monate Gefängnis, zusammenzuziehen auf eine Gesamtstrafe von vier Jahren drei Monaten Gefängnis.

Gegen Günther mit Rücksicht auf seine ganze Persönlichkeit wegen Beihilfe sechs Jahre Zuchthaus, wegen Begünstigung neun Monate Gefängnis, zusammenzuziehen in eine Gesamtstrafe von vier Jahren drei Monaten Gefängnis.

Gegen v. Salomon wegen Beihilfe fünf Jahre Zuchthaus, fünf Jahre Ehrverlust.

Gegen Warncke wegen Beihilfe vier Jahre Zuchthaus, fünf Jahre Ehrverlust.

Gegen Niedrig wegen Beihilfe fünf Jahre Zuchthaus, fünf Jahre Ehrverlust.

Gegen Ilseman wegen Beihilfe vier Jahre Zuchthaus, wegen Begünstigung neun Monate Gefängnis, wegen unerlaubten Waffensbesitzes sechs Monate Gefängnis, zusammenzuziehen in eine Gesamtstrafe von vier Jahren neun Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust.

Gegen Steinbeck wegen Beihilfe drei Jahre Zuchthaus, fünf Jahre Ehrverlust.

Gegen Schmitt und Dietel wegen Beihilfe Freisprechung, wegen Begünstigung je sechs Monate Gefängnis.

Gegen Tilleßen wegen Vergehens nach § 139 drei Jahre Gefängnis.

Gegen Plass wegen desselben Vergehens ebenfalls drei Jahre Gefängnis.

Gegen Woss Freisprechung.

Kerner beantragte die Maschinenpistole, mit der die Tat verübt worden ist, einzuziehen. Das zur Tat benutzte Auto einzuziehen, bin ich nicht in der Lage zu beantragen, da die Verletzung des Eigentums noch nicht erwiesen ist.

Zur Frage der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte führte der Oberreichsanwalt noch aus, daß er im allgemeinen auf dem Standpunkte stehe, bei politischen Vergehens, da es sich nicht um ehrlöse Motive handle, von einer Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte Abstand zu nehmen. Diese Haltung habe er sowohl bei Einspruchsverfahren wie auch beim Rapp-Bußschuß eingenommen. „Ich würde diese Haltung“, so erklärte der Oberreichsanwalt, „auch heute einnehmen, wenn es sich um eine rein politische Tat handelte. Das ist hier nicht der Fall, es handelt sich um einen gemeinen Mord, bei dem politische Motive lediglich mitgespielen.“ Für den Fall, daß der Gerichtshof bei v. Salomon, Warncke oder Niedrig nicht überzeugt sei, daß sie in den Mordplan eingeweiht seien, betont der Oberreichsanwalt, daß für diese drei Angeklagten dann eine Verurteilung nach § 139 in Frage käme.

Die Angeklagten nahmen den Antrag des Oberreichsanwalts ohne sichtbare Erregung entgegen; nur die beiden Brüder Tschow waren ein wenig bläulich als gewöhnlich und besprachen sich dann eifrig mit ihrem Verteidiger. — Dann wurde die Verhandlung auf Donnerstag früh 9 Uhr vertagt.

SPD. Leipzig, 11. Oktober. (Eig. Drahtber.)

Zu Beginn des achten Verhandlungstages wurde zunächst Ilseman nochmals über die Herkunft der Maschinenpistole befragt. Vorl.: Wahren Sie nicht, daß die Ihnen von Kern übergebene Maschinenpistole abgekauft war? — Angekl.: Ich mache mir keine Gedanken darüber, weil es nicht mein Eigentum war. — Vorl.: Sie machen Sie darauf aufmerksam, daß Ihre Handlungswelt unglücklicherweise unter das Strafgesetz fällt. Der Oberreichsanwalt kommt dann auf die dritte Person

zurück, die angeblich den Körper beiseite geschafft haben soll. Der Angeklagte erklärt, daß diese Person nicht im Saale anwesend ist und daß er sie nur flüchtig kenne.

Dann wurde in der Vernehmung des Arbeiters Bräutigam

fortgeführt. Der Oberreichsanwalt beantragte auf Grund der gerichtlichen Vernehmung zunächst die Verurteilung des Polizeipräsidenten Ehrler und des Polizeikommissars Hauser aus Frankfurt am Main, sowie der beiden Redakteure der „Frankfurter Volksstimme“, Macke und Quint. Bräutigam sagt aus, daß Hoffmann ihm einmal 2000 Mk. gegeben habe und daß er später von Tilleßen einmal 2000 Mk. und dann 1000 Mk. erhielt. Die Namen Rathenau, Scheidemann, Gersch sind von Hoffmann bestimmt genannt worden. Ich stand nie im Dienste der Kommunisten. Zwei Tage, nachdem ich Hoffmann sprach, bin ich zum Polizeipräsidenten von Frankfurt gegangen und habe alles angegeben. Man sagte mir, das Material ist gut. — Vorl.: Sie waren in Kassel und Ihr Begleiter plante ein Attentat auf Scheidemann? — Zeuge: Das war mein Eindruck. Ich irrte mich nach der Ankunft in Kassel von meinem Reisebegleiter, am Scheidemann zu warnen. Das war eine Woche vor dem Attentat. Am 12. und 13. Juni war ich wieder in Frankfurt bei Tilleßen, der mir sagte: „Was glauben Sie, was geschehen würde, wenn Rathenau ermordet würde?“ Das weiß ich genau. Ich sagte: Es würde der Generalkrieg und der bewaffnete Aufstand der Arbeiter folgen. Weiter äußerte ich zu Tilleßen, daß ich ein verächtliches Unternehmen für auswärts halte und rief ihm, seine Häkel wieder zu haken. Tilleßen antwortete: „Dazu habe ich keine Ruhe mehr. Wenn das Unternehmen so ausfällt, dann bleibt nichts übrig, als nach Berlin zu fahren, Rathenau eine Kugel in den Kopf und mit einer ins Herz zu schießen.“

Der Vorsitzende kommt dann auf die Vorfragen Bräutigams zu sprechen, der mehrfach wegen Betruges und Diebstahls verurteilt ist und von 1906-1911 in einer Irrenanstalt war. Nach dem gerichtlichen Gutachten aus der Irrenanstalt leidet der Zeuge an epileptischen Geistesstörungen. Er wird als total geisteskrank und soll sich mit Magnetismus beschäftigen haben.

Unter großer Spannung wird dann Tilleßen vernommen, um sich zu Bräutigams Aussagen zu äußern. Er bestritt alle wesentlichen Einzelheiten, die Bräutigam ausgesagt hat. Dagegen rief ihn Bräutigam energisch zu: „Sie haben doch gesagt, Sie hätten das Schwein abgekauft.“ Ich habe den Anstand „Killer“ vorher gar nicht gekannt. Dem Angeklagten Tilleßen wird dann ein Zettel gezeigt mit folgendem Inhalt: „Angekauft auf ein Schwein zu verwenden, von amerikanischer Seite empfangen. Preis: 1000 Mk.“ Tilleßen gibt zu, daß derselbe von ihm kommt. — Bräutigam folgt in weiteren Punkten der Verhandlung mitwachen mit der Faust auf den Tisch und sagt mit erhabener Stimme: Die Tschows, der Herr Scheidemann und der Polizeipräsident in Frankfurt demokratisch habe, und die weitere Aufgabe, daß die Kommunisten erzieht sind, sollten jeden Zweifel an seiner Glaubwürdigkeit nehmen.“ — Richter Müller (zu Tilleßen): Sie haben an Ihren Bruder gesprochen. Da hat

so eine urbreite Art! Ist das richtig? — Angekl.: Jawohl. — Vorl.: Was bedeutet dieser Ausdruck? — Angekl.: Das kann ich nicht so sagen. Der Brief ist nach dem Erzbergermord geschrieben, als mein Bruder noch in Deutschland war.

Das Gericht sieht von einer Vereidigung Bräutigams ab, weil er der Teilnahme an dem Attentat verdächtig erscheint. Daraufhin zieht der Oberreichsanwalt seinen Beweisantrag auf Ladung der Zeugen aus Frankfurt zurück. Sämtliche Zeugen werden entlassen. Die Beweisaufnahme ist geschlossen.

Nach einer kurzen Pause nimmt dann um 2 1/2 Uhr der Oberreichsanwalt das Wort zum

Maiboyer.

Er führt u. a. aus:

Am Vormittag des 24. Juni wurde Reichsaussenminister Dr. Rathenau, als er in seinem Kraftwagen sich von seiner Villa im Grunewald nach der Stadt in den Dienst begab, getötet. Die Tötung wurde so ausgeführt, daß aus einem ihm verfolgenden Auto Schüsse aus einer Maschinenpistole abgegeben und auch eine Handgranate in das Rathenausche Auto geworfen wurde. Von diesen Schüssen soll bereits der erste tödlich gewesen sein. Die Schüsse wurden abgegeben und die Handgranate wurde geworfen von Kern und Fischer, die sich der irdischen Gerechtigkeit entzogen haben. Geleitet wurde das Auto, aus dem das Attentat erfolgte, von dem hier stehenden Angeklagten Ernst Werner Tschow. Es handelt sich um eine vorläufige mit Ueberlegung ausgeführte Tötung, um einen Mord nach § 211 Str. O. B. Täter dieses Mordes waren Kern und Fischer und der Angeklagte Ernst Werner Tschow, und zwar haben diese die Tat im bewußten Zusammenwirken als Mittäter begangen. Welche Beweggründe sie zu dieser Tat geführt haben, die nicht nur ein Verbrechen gegen den Minister Dr. Rathenau selbst, sondern auch gegen das deutsche Volk war, dem einer seiner besten und fähigsten Köpfe entzogen worden ist, das haben die Täter hier selbst angegeben. Rathenau war für sie ein Schädling. Er war Jude, internationaler Jude. Er hat auch, ihrer Ansicht nach, den Bolschewismus in Deutschland herbeiführen wollen und — es ist ja nichts so dumm, daß es nicht in diesen fanatischen Köpfen Widerhall findet, zumal es diesen Leuten von ihrer Presse täglich vorgetragen wird. Ernst Werner Tschow hat selbst erklärt: „Uns ist das Geld ausgegangen, deshalb haben wir Rathenau ermorden müssen.“ „Uns“ damit meinte er die rechtsstehenden Kreise. Das sind die Beweggründe, die von den Angeklagten selbst vorgebracht sind, und von denen auch der Angeklagte Tschow angibt, daß es seine eigenen Beweggründe waren, Beweggründe, wie sie verwerflicher, härter und schmerzlicher nicht gedacht werden können. Sie sind ein Zeichen einer unbegreiflichen Geringschätzung eines Menschenlebens und es zeigt von einer ungläubigen politischen Unreife und Verblendung, wenn solche Gründe als hinreichend erachtet werden, um ein kostbares Menschenleben zu vernichten. Wenn wir uns weiter fragen: Welches sind die psychologischen Gründe, aus denen die Angeklagten, die doch keine Gewohnheitsverbrecher sind, die Tat begangen haben, so ist es geradezu tragisch, daß niemand anders uns diese psychologischen Gründe vor Augen führt, als der Mann, den jene ermordet haben, nämlich Rathenau selbst.

Ich frage mich nun: Ist es möglich, daß die Anstiftung zur Tat den Köpfen der Angeklagten selbst entsprungen ist, oder standen hinter ihnen weite Kreise und Organisationen, deren Mächte die Angeklagten ausführen sollten? Kurz nach der Ermordung Rathenaus ist die Behauptung aufgetaucht, daß gewisse Kreise und Organisationen hinter den Angeklagten ständen, aber bis heute ist diese Behauptung nicht voll erwiesen. Nach sind die Häden zu verorten, als daß man sich ein Heres Bild machen könnte. Vielleicht werden sie eines Tages entwirrt werden, aber es kann nicht Sache der Anklagebehörde sein, deren Aufgabe sollte Objektivität ist, derartige Behauptungen ohne Beweis vorzubringen. Ich habe noch einmal die subjektive Ansicht, daß es so ist, wie die Gerichte wissen wollen. Ich halte es aber auch für meine Pflicht zu sagen, daß sich gewisse Umstände herausgestellt haben, die erkennen lassen, daß die Täter mit gewissen Organisationen in Verbindung gebracht werden können, und daß diese Organisationen den Tätern den Gedanken zur Tat eingegeben haben. Ich gehe sogar noch einen Schritt weiter. Ich sage, daß diese Organisationen bei der Tat behilflich gewesen sind. Bei allen Attentaten, auf Erzberger, auf Scheidemann, auf Rathenau hat es immer dieselben Kreise, sie haben alle gemeinsame Beziehungen, die sich lange zurückverfolgen lassen. Es ist ein Unsin, zu glauben, daß alle diese Angeklagten hier nach Berlin gekommen seien, jeder zu einem anderen Zweck.

Ich bin der festen Ueberzeugung, daß sie alle vorher wußten, was geschehen sollte, daß sie planmäßig sich verabredeten und in Berlin getroffen haben. Deshalb liegt auch die Vermutung nahe, daß der Mord von den Angeklagten planmäßig organisiert war, daß er nicht ein dem Zufall entsprungenes Verbrechen gewesen ist, daß nicht Kern und Fischer allein die Urheber des Mordes waren. Zusammenfassend will ich sagen: die Verhandlung hat nicht den vollen Beweis erbracht, aber durch den Antisemitismus, der gepflegt und getrieben wird, ist eine Atmosphäre geschaffen, die Mordpläne begünstigt.

Ich bin der festen Ueberzeugung, daß zwischen Fischer und Kern und dem noch nicht ermittelten Dritten die Tat in allen Einzelheiten bereits verabredet war, als die beiden nach Berlin kamen. Herr Salomon kommt ebenfalls „zufällig“ nach Berlin. Kern und Fischer, sowohl wie Salomon wollen je eine „nationale“ Sache ausführen. Angeblich wollte man Gefangene in Mainz befreien, angeblich wollte man eine Waffenlieferung machen. Wenn aber Tschow behauptet, man sei zu einer Gefangenenerlösung zusammengetroffen, so sagte Salomon demgegenüber, man habe eine Waffenlieferung vorgeschlagen. Was ist nun richtig? Ich behaupte, beide Angaben sind erlogen. Salomon, Kern und Fischer wollten vielmehr Rathenau bejätigen. Ich habe keinen Zweifel, daß Kern und Fischer den Salomon von Anfang an in ihren Plan eingeweiht haben, und daß Salomon, als er nach Hamburg und Kiel fuhr, um den Chauffeur zu befragen, bereits wußte, daß man einen Mann suchte, der das Auto zu der Mordtat steuern sollte. Ein weiterer Beweis: Warncke ist von der Zukunft Salomons telegraphisch in Kenntnis gesetzt. Weiter ein unumstößlicher Beweis, wie die ganze Gesellschaft zusammenhängt, wie jeder von ihnen auf das Stichwort wartet, um auf die Szene zu treten. Nach Ruchmeyer ist Kern bei dem Kreise der Befehlshaber zu gehören. Ebenso Steinbeck, bei Tschow und Brand immer „willig“ tritt. Am Mittwoch kamen dann auch Tilleßen und Plass natürlich wiederum „zufällig“ nach Berlin. Die ganze Gesellschaft trifft sich und Tilleßen will sofort von dem Mordplan abgeredet haben. Tschow aber machte Kern und Fischer sich schuldig im Grunewald. Sie handelten Günstler, eine Maschinenpistole und eine Granate zu besorgen. Am Mittwoch abend erwidert Kern dem Tilleßen den Mordplan und wieder will Tilleßen abgeredet haben. Am folgenden Tag, dem Donnerstag, fahren Kern und Fischer mit Tschow nach Schmetz, um die Maschinenpistole von Tschow zu holen, diesem Hermann, der bei Rabe wohnt. Auf ein Wort, der der Kreis genau kommt und mit ihm Verbindung hält. Am Freitag abend kommt die Rederei bei dem Satagen-Verleger Schmitt. Sollte man dem Amerikaner Ernst Werner Tschow glauben — ich tue es nicht — so ist er erst bei dieser Gelegenheit in den Mordplan eingeweiht worden. Dagegen kommt

der Sonnabend. Kern spricht die Hoffnung aus, man werde Rathenau doch noch vor die Pistole bekommen. Tschow meldet, daß sein Auto fertiggestellt ist, Günther schafft die Maschinenpistole in den Wagen. Man zweifelt im letzten Augenblick noch, ob Tschow genügend Willenskräfte für die Tat besitzen werde und Tschow gibt beruhigende Erklärungen an. Man macht eine kurze Probefahrt und hält unterwegs an, da Kern das Kommando gibt: „Umkleiden.“ War eine Umkleidekabine für eine Probefahrt nötig? Man fährt weiter, hält in der Nähe der Rathenauschen Wohnung in einer Seitenstraße, wie der Jäger am Wechsel das Wild erwartet, so lauern die Drei auf das Opfer. Als dann Rathenau kommt, ruft Kern: „Jetzt das besprochene Manöver!“ und dann „Schneller, wir erreichen ihn sonst nicht!“ Tschow steuert das Auto mit bewundernswerter Ruhe, er stoppt neben Rathenaus Wagen ab, damit die Schiffe seiner Komplizen nur ja recht sicher das Opfer erreichen und fährt dann gleichgültig weiter. Man wirft die Maschinenpistole fort und Tschow bringt den Wagen in die Garage. Hier findet sich natürlich wieder Günther ein und Tschow sagt zu ihm kalt: „Die Sache hat geklappt, Rathenau liegt.“ Mit bewundernswerter Ruhe beschäftigt sich Tschow noch eine Stunde mit seinem Auto, treibt sich dann in der Stadt herum, trinkt sich einen Kausch an und fährt am nächsten Tage davon. Kern und Fischer bleiben aber frisch in Berlin, sie tauchen in der Millionenstadt unter, weil sie sich sagen, daß sie dort am besten geborgen sind, und machen mit dem jüngeren Tschow eine Luftfahrt auf dem Wannsee. Das ist der Tatbestand!

Nun zu den Angeklagten:

Ernst Werner Tschow ist Mitglied mehrerer nationaler Vereinigungen, er gehört der D. C. an und er ist ein brauchbares Werkzeug der Mörder. Ich halte es für absolut unwahrscheinlich, daß er erst am 23. Juni von dem Mord erfuhr, da doch Kern selbst dem Niedrig, der offenbar gar nicht zur Reife der Mörder gehört, sondern als Spieß von der anderen Seite nur eingeschoben ist, alle Einzelheiten des Mordplanes schon Tage vorher mitteilte. Auch die Behauptung Tschows, er glaube, am Sonnabend nur eine Probefahrt zu machen, ist unwahr. Zu einer Probefahrt brauchte man keine Pistole. Ich glaube vielmehr, daß Ernst Werner Tschow von allem Anfang an um das Attentat wußte, daß er eingeweiht war, am Sonnabend müsse er den Wagen zu dem Mord steuern. Ich unterscheide unter dem bestimmten und dem blinden Vorfall. Wenn jemand einen anderen erschließen will, so muß er damit rechnen, auch daneben zu treffen, aber deswegen bleibt doch, auch wenn er fehlt, der bestimmte Wille zur Tat übrig. Selbst wenn Tschow den Dolus eventualis gehabt hat, so würde doch seinerseits vorläufiger Mord vorliegen, und weiter entsteht die Frage: Ist er Mittäter oder Gehilfe? Das richtet sich danach, ob Tschow die Tat mit den anderen ausführte, oder ob er die Tat Kerns und Fischers unterstützen wollte. Dem Mittäter muß die Konzeption gemacht werden, daß der klare Wille zur Tat allein nicht ausreicht, sondern, daß er bei der Tat ausweichend beteiligt oder wenigstens bei den Vorbereitungen zur Tat behilflich war. Wollte Ernst Werner Tschow die Tat als eigene, oder wollte er sie als Gehilfe unterstützen? Ich bin der Ueberzeugung, daß Ernst Werner Tschow die Tat als eigene wollte. Er war von Kern und Fischer von der Notwendigkeit der Befreiung Rathenaus überzeugt. Tschow stand vielmehr unter dem Einfluß Kerns, aber das hindert nicht die Annahme, daß gerade deshalb Tschow die Tat als eigene wollte. Tschow hat mit Latvorka gearbeitet und ist deshalb zu bestrafen. Ernst Werner Tschow ist auch schließlich der Mittäterschaft schuldig.

Hans Gerd Tschow, als frühreifer junger Mann, der mit 15 Jahren Vorhänger eines deutschnationalen Vereins ist und natürlich am Rapp-Bußschuß teilgenommen hat, ein politisch so trefflich vorbereiteter Jüngling, mußte auf den Mord gehen, wie die Fliege auf den Honig. Er mag wohl kränzlich gewesen sein, und er mag infolge dieser Krankheit schlecht erzogen sein. Man hätte ihm, wie sein Onkel hier sehr richtig ausführte, anstatt der Bemunterung, die man ihm sollte, lieber den Rohrstock geben sollen. Er war miteingeweiht, und er wohnte den Unterredungen mit Stubenrauch bei, und er mußte den Eindruck haben, daß Kern und Fischer das Attentat unbedingt ausführen würden. Er ist am Freitag bei der Recherche in der Wohnung Schütts dabei gewesen, und dort mußte ihm die unumstößliche Gewißheit kommen, der Mord wird ausgeführt. Er hatte dann das Material für die falsche Autonummer zu besorgen. Nach der Tat hat er den Schütt geheten, die Autokappen zu vernichten. Ich erwarte ihn der Beihilfe für schuldig durch Herstellung der Verbindung zwischen Kern und Fischer einerseits und Stubenrauch andererseits, durch Besorgung des Materials für die falsche Autonummer, und er ist der Begünstigung schuldig, da er die Autokappen mit befestigen half.

(Schluß folgt.)

Der Fehrenbach-Prozess.

SPD. München, 11. Oktober. (Eig. Drahtber.)

Im Verlaufe des heutigen Verhandlungstages im Prozess gegen Fehrenbach und Genossen kam es zu einigen bewegten Vorgängen. Das Gericht beschäftigte sich mit dem Verhör des Dr. Gargas. Es fielen die Namen verschiedener politischer Personen, die mit Gargas in Verbindung gestanden haben. Darunter befinden sich der Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei Junke und der bekannte Vorsitzende der bayerischen Königspartei Mayer-Kon. Sofort wurde Mayer-Kon als Zeuge geladen. Es stellte sich heraus, daß auch dieser an das Nachrichtenbureau Berichte geliefert hatte. Einmal hatte er auch 1000 Mk. von Gargas angenommen. Interessant war die Mitteilung, daß Mayer-Kon gegen den separatistischen Grafen Bothmer schon am 18. November 1921 bei der Münchener Staatsanwaltschaft wegen dessen höchstbedenklicher Verbindung mit französischen Generalen Strafanzeige erstattet hatte, daß er aber bis zum heutigen Tage noch nicht vernommen worden ist. Mayer-Kon ist bei den bayerischen Reaktionskreisen wegen seiner Gegnerschaft gegen den Obergeometer Kanzler (den Gründer der „Orta“) nicht sehr beliebt. Vielleicht sprang gerade deshalb das Volksgericht mit ihm ziemlich unfsankt um. Als Zeugen wurden noch verhört: der frühere Redakteur der „Münchener Morgenpost“ und der Vizepräsident des Bayerischen Landtages Ehrhardt Auer. Ihre höchst bemerkenswerten Ausführungen fallen unter das Schweigegebot für die Presse und können infolgedessen nicht berichtet werden. Gegen den Angeklagten Gargas ging der Vorsitzende wieder sehr scharf und unfsanklich vor. Er bezeichnete ihn mehrmals als „diesen Polen“. Da Gargas die deutsche Sprache nur mäßig beherrscht, fiel es ihm oft schwer, zu antworten.

Die Beweisaufnahme durch Zeugen wurde geschlossen. Es folgte ein Sachverständigengutachten des Herrn Dr. Schimm.

Der Wohnungsausschuß des Reichstags beschäftigte sich am Mittwoch mit dem Gesetzentwurf über Mieterhöhung und Mietseinkünfte. In der Debatte wurde dem Mängeln der heutigen Mietseinkünfte mit aller Energie Leibe gerückt und zum Ausdruck gebracht, daß eine grundlegende Besserung nur durch eine Vereinfachung des Verfahrens möglich sei. Allmählich habe sich der Gedanke durchgesetzt, daß man die Mietseinkünfte auf Grund der allgemeinen Zuschläge, also im Verwaltungswege festlegen, die Räumungslage aber den ordentlichen Gerichten übertragen solle. Gegenstand der Debatte, die am Donnerstag fortgesetzt werden soll, waren die Abschnitte des Gesetzentwurfes über Beschränkung der Aufhebung von Mietverhältnissen und über das Verfahren hierzu.

Der sozialpolitische Ausschuß des Reichstags beschäftigte sich am Mittwoch mit der Regelung der Selbstverwaltung in der Angestelltenversicherung. Beschlossen wurde die sogenannte Rentenerhöhung auf 9000 Mk. jährlich für Ruhe- und Hintergelde festzusetzen.

Eine kommunistische Seifenblase.

SPD. Am 7. und 8. Oktober fand eine Reichskonferenz der kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre statt. Nach dem offiziellen Bericht hatte die Konferenz „ein großes Arbeitspensum“ zu erledigen. Im Bericht selbst ist davon nichts zu merken. Weber die Bewegung, ihre Stärke und Tiefe erfährt man kein Sterbenswort. Fritz Hecker stellt in einem „umfassenden Referat“, über das der Bericht sich in einem Duzend Zeilen ausschweift, fest, daß zwar sehr viel gearbeitet, aber nichts — erreicht worden sei. Die Genossen müßten mehr selbständig arbeiten und sich finanziell unabhängig machen. Von wem, sagt der Bericht nicht. Von Moskau oder vom deutschen Unternehmertum? Die Berichte der Vertreter aus 28 Bezirken wurden in fünf Zeilen abgelesen. Es wurde festgestellt, daß die Kommunisten fast ausnahmslos gegen „das schamlose Treiben der Gewerkschaftsbureaucratie“ sich wenden und daß „unser Einfluß in den Gewerkschaften und Betrieben ständig im Wachsen ist“. Ohne — immer nach dem offiziellen Bericht — etwas zu sagen, referierten am zweiten Tage Walcher über „Unser Taktik und zukünftigen Aufgaben“ und der aus seinem Moskau-Asyl zurückgekehrte Brandler über den Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale. Um eine Spaltung der Gewerkschaften zu verhindern, wurde betont, daß niemand austreten dürfe und daß man Leute wie Baepflom, Schefel und Georg Schmidt „als Verbrecher bezeichnen“ müsse. Eine neu zu schaffende kommunistische Beamtzentrale soll demselben Zwecke dienen.

Große Freude herrschte über den Geinnungswechsel, der auf der letzten Tagung der Union der Hand- und Kopfarbeiter in Essen bemerkbar wurde. Die dort beschlossene „offene Ablehnung der reformistischen und anarcho-syndikalistischen Tendenzen“, die Verbesserung des Organisationsstatuts, die Beitragserhöhung und die Anknüpfung internationaler Beziehungen, „unter dem revolutionären Banner der Roten Gewerkschaftsinternationale“ erscheint den Kommunisten als „eine geeignete Grundlage zur engsten Zusammenarbeit zwischen Union und Gewerkschaftsopposition in Form der Arbeitsauschüsse“.

Vom Reichsbetriebskongreß wurde überhaupt nichts gesagt. Soll das eine Desavouierung der Berliner und ein Eingeständnis der Ausichtslosigkeit dieses Unternehmens sein?

Demokratischer Parteitag.

SPD. Eiberfeld, 10. Oktober.

Die Wogen gehen heute, da die Arbeitsgemeinschaft zur Debatte steht, sehr hoch. Die Lage wird durch folgenden kleinen Zwischenfall gekennzeichnet: Als der Vorsitzende Senator Petersen in seiner Verteidigung der Erfüllungspolitik bemerkte, daß die Deutsche Volkspartei gelegentlich wieder einmal von dem Banterat der Erfüllungspolitik spreche, erklärte prompt aus den Reihen des Parteitages der Zorn: „Daher der Name Arbeitsgemeinschaft“. Vorstand und Ausschuss haben dem Parteitag folgende Resolution vorgelegt: „Der Parteitag erwartet von der Arbeitsgemeinschaft, daß sie dazu beiträgt, alle auf dem Boden der Republik stehenden Kräfte zur gemeinsamen Arbeit zusammenzufassen und die vorhandenen Gegensätze zu überbrücken. Er nimmt es als selbstverständlich an, daß die Arbeitsgemeinschaft die Selbständigkeit der Parteien und die Aufrechterhaltung ihrer Grundsätze nicht beeinträchtigen wird.“

Die Opposition hat gestern unter Führung von Tangen und Preuß, gebündelt getagt und hat zu dem offiziellen Antrag folgende Ergänzung vorgeschlagen: „... und legt voraus, daß sie nicht als Anbahnung einer Scheidung zwischen Bürgerlichen und der Sozialistischen Vereinigten Partei wirkt. Der Parteitag legt gleichfalls voraus, daß die Parteien der Arbeitsgemeinschaft in ihren Reihen keine Agitation gegen die Politik der Republik dulden.“

Dieser Ausweg ist von der starken Opposition wohl deshalb gewählt worden, weil sie die Reichstagsfraktion nicht gut desavouieren kann und will. Die Arbeitsgemeinschaft fand in dem Senator Petersen einen guten Verteidiger, dessen Kunstfertigkeit öfter das Demagogische freit. Er verquidete von vornherein den Gedanken der Politik der Mitte mit dem der Arbeitsgemeinschaft und führte aus, daß die Arbeitsgemeinschaft eine Frage der Politik sei, daß sie der Fundierung der Republik dienen müsse, auf breiter Mitte, für alle diejenigen, die guten Willens sind, mitzuwirken. Mit vieler Kunst verstand er, manche Bedenken zu überwinden, die in den Reihen des Parteitages vorhanden sind. Die Arbeitsgemeinschaft bringe die Republik nicht in Gefahr. Nicht

die monarchistische Agitation, die vor allen Dingen keine Präzedenz habe, sei eine Gefahr für die Republik, sondern die Engherzigkeit der Partei, die über jede Gestattung eine Urkunde auf Herz und Nieren haben wolle. Wie die Unabhängigen, so habe sich auch die Deutsche Volkspartei zur Politik der Mitte bekannt. Damit habe sie die Verpflichtung übernommen, die Republik zu achten. Als lebhafter Widerspruch laut wurde, betonte Petersen, daß die Arbeitsgemeinschaft zu Ende sei, wenn die antirepublikanische Agitation der Deutschen Volkspartei nicht aufhöre. Lauter Beifall, der auf diese Feststellung folgte und die Stimmung des Parteitages kennzeichnete, veranlaßte Petersen zu der Bemerkung, daß der Beifall doch nicht beweisen habe, daß die Arbeitsgemeinschaft bald zu Ende sei. Auch in der Arbeitsgemeinschaft werde die alte demokratische Politik verfolgt.

Die Diskussion über die innere Politik beschränkte sich auf die Frage der Arbeitsgemeinschaft. Es kamen nur zwei Redner zu Wort, der oldenburgische Minister Tangen und der Rechtsanwalt Haas-Karlruhe. Tangen hat die Opposition lahm geführt, man kapitulierte mit fliegenden Fahnen. Gegen 26 Stimmen wurde eine Resolution Haas angenommen, wonach die Ausführungen Petersens mit Genugtuung entgegengenommen und gebilligt werden. Viele Delegierte enthielten sich der Abstimmung, darunter auch der Abg. Erkelenz. Nach einem Vortrage Reinaths wurde eine Entschließung angenommen, in der u. a. die Reform der deutschen Wirtschaft gefordert wird. Mehrere Resolutionen richteten sich gegen den Preiswucher.

Eine Huldbildung für den Reichspräsidenten.

Nach Abschluß der Debatte nahm der Vorsitzende Senator Petersen das Wort und sprach dem Reichspräsidenten den Dank der deutsch-demokratischen Partei für seine ausgezeichnete Führung der Geschäfte aus, besonders auch für das deutsche Denken und Handeln. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß er mit großer Mehrheit wieder zum Reichspräsidenten gewählt werde.

Die Ausführungen riefen einen spontanen Beifallssturm hervor, der minutenlang andauerte und sich des öfteren wiederholte.

Die Sorgen um Herrn Smeets.

Die Rheinlandkommission hat erzuht, daß die von deutschen Gelehrten über den Hochverräter Smeets verhängten Strafen nicht vollstreckt werden dürfen. In ihrer Begründung sagt die Rheinlandkommission, daß die Taten des Smeets von „einer winzigen Wichtigkeit“ sind, daß die deutschen Gerichtsbehörden „nicht befehle seien von der Sorge um eine genaue Gerechtigkeit“ und daß Herr Smeets wegen politischer Vergehen verfolgt wurde. Wenn man berücksichtigt, daß Smeets in verschiedenen Artikeln dem deutschen Reichspräsidenten vorgeworfen hat, er sei ein Säufler und habe, während das deutsche Volk hungerte, rationierte Lebensmittel ohne Marken bezogen, dann kann man — gelinde gesagt — in der Begründung der Rheinlandkommission nur eine urbegreifliche diplomatische Anfreundlichkeit gegen das deutsche Staatsobershaupt erblicken. Weiter hat Smeets verschiedene deutsche Beamten als „gemeiner Bandit“ und „Landesverräter“ beschimpft und ihnen „unerhörte Brutalität“, „hundsgemeine Handlungsweise“ u. a. vorgeworfen. Der vielgerühmten Demokratie des europäischen Westens kann unmöglich ein schlechteres Zeugnis ausgestellt werden, als dadurch, daß die Rheinlandkommission die niederträchtigen Beleidigungen des Reichspräsidenten und anderer deutscher Beamten als „Taten von winziger Wichtigkeit“ bezeichnet.

Das Gehalt der Reichsmehrsoldaten.

SPD. Bei der Reichswehr ist es üblich, daß die Offiziere ihr volles Monatsgehalt im Voraus erhalten, während unverheiratete Unteroffiziere und Mannschaften unter 25 Jahren ihre Bezüge nur jeweils für einen halben oder einen Drittel Monat im Voraus beziehen. Der Grund dafür ist, daß angeblich die jungen Unteroffiziere und Mannschaften — im Gegensatz zu den jungen Offizieren (?) — nicht haushalten können. Für die Unteroffiziere und Mannschaften hat das die Folge, daß sie infolge der raschen Geldentwertung erhebliche Einbußen erleiden. Genosse Keil hat dem Reichswehrminister deshalb die Frage vorgelegt, ob er bereit ist, anzuordnen, daß allen Berufssoldaten der Reichswehr ohne Unterschied des Alters und der Charge am

Ersten jedes Monats ihre monatlichen Bezüge im Voraus ausbezahlt werden. Falls individuelle Gründe vorliegen, sollen Ausnahmen nur im Benehmen mit dem Truppenvertrauensmann zugelassen werden.

Eine neue deutsch-französische Wiederaufbaugruppe in Hamburg.

Hamburg, 11. Oktober.

In der Börse fand gestern eine Besprechung Hamburger und norddeutscher Industrieller wegen Errichtung einer neuen deutsch-französischen Wiederaufbaugruppe für Hamburg und Norddeutschland statt und zwar auf Veranlassung der Bank- und Handels-Alt-Ges. in Hamburg. Mit französischen Mandatären ist bereits in Paris verhandelt worden. Beabsichtigt ist die Gründung einer Interessengemeinschaft der in Betracht kommenden Industriellen in Form einer G. m. b. H. Insgesamt sollen Beträge von 600 Millionen Franken in Betracht kommen. Die Industriellen, die in der Versammlung Interesse zeigten, werden in den nächsten Tagen abermals zusammentreten und weitere Schritte für die Gründung vorbereiten.

Verhaftungen in München.

SPD. München, 10. Oktober. (Fig. Drahtber.)

In den letzten Tagen wurden hier der Hauptmann Kömer, Hauptmann Desterreicher, ein Dr. Bartels und ein Kaufmann Endreß verhaftet. Die Personen sind aus den Treiberreihen der Geheimbund-Organisationen bekannt geworden. Sie sollen geplant haben, prominente Persönlichkeiten zu ermorden. Ähnliche Stellen, denen man freilich nicht schlangweg zu glauben braucht, versichern, daß die in Aussicht genommenen Opfer nicht Politiker seien.

Am vergangenen Sonntag fand in Nürnberg eine Landesausschüttung der Bayerischen Mittelpartei statt. Diese Sitzung beschäftigte sich mit dem Streit Kplander-Hilpert. Der Ausschuss bekräftigte den Ausschluß des bekannten Obersten Kplander aus der Partei. Der rabiate Oberst ist damit vorerst von der Partei abgestüffelt.

Volkswirtschaft.

Biehmarkt.

Mitgeteilt von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein.

Hamburg, den 10. Oktober.

Der Antrieb belief sich auf 2935 Schweine aus Schleswig-Holstein, Hannover und Mecklenburg. Die Preise waren I 280 bis 290 Mk., II 260—270 Mk., III 240—250 Mk., IV 170—230 Mk. Sauen I 240—260 Mk., II 180 bis 230 Mk. für das Pfund Lebendgewicht. Der Handel verlief flott.

Kälber: Antrieb 1046 aus Schleswig-Holstein, Hannover und Mecklenburg. Die Preise waren I 135—150 Mk., II 125 bis 140 Mk., III 85—90 Mk., IV 70—80 Mk. für das Pfund Lebendgewicht. Der Handel verlief flott.

Devisen-Kurse.

Berlin, 12. Oktober.

Ämliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	11. Oktober	10. Oktober
Amsterdam	100 fl.	103870.—
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	18302.05
Kristiania	100 Kr.	48339.50
Kopenhagen	100 Kr.	54531.75
Stockholm	100 Kr.	70661.50
Helsingfors	100 Finn. Mk.	5967.50
Rom	100 Lire	11161.—
London	1 £	11761.—
New York	1 Doll.	2596.75
Paris	100 Frs.	19875.10
Zürich	100 Frs.	49338.25
Madrid	100 Pesetas	39950.—
Wien	100 K.	—
Prag	100 K.	1248.40
Budapest	100 K.	—

Sigrid, das Fischermädchen.

Erzählung von Theodor Mügge.

5. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Ich mag die Schlechten auch nicht“, sagte Thorkel. „Dann werden Lensmann und Vogt bald hinter dir her sein,“ fuhr der Kaufmann fort, „und werden dich ins Loch stecken, wenn du dich umhertreibst oder bestellst.“

Thorkels Augen wurden größer. „Das wird nicht geschehen, Herr.“

Schiemann schwieg und musterte ihn. „Wo warst du denn heute Nacht?“ fragte er.

„In einer von den alten Kirchenhöhlen, an der mein Vater auch einen Teil hatte.“ sagte Thorkel.

„Hast wohl auch heute noch nichts genossen?“

„Biel war es nicht,“ lautete die Antwort.

„Da ist,“ sagte der reiche Mann und schob ihm den Teller mit dem Brot und dem Rest vom Fleische hin. Dann nahm er die Kristallflasche und schenkte das leere Glas voll Wein. — „Du dauerst mich,“ fuhr er dabei fort, „warst sonst ein anständiger Kerl, den gute Leute gern sahen. Was soll nun aus dir werden?“

Thorkel hatte sich Brot und Fleisch genommen und war damit beschäftigt. „Ich bin es noch, Herr,“ sagte er.

„Aber es glaubt es niemand mehr von dir. Du gibst nun als ein leichtsinniger, lüdnhafter Bursche, der seinen Vater unter die Erde brachte.“

Hier hielt er inne, denn Thorkels Augen funkelten ihn an, als wäre Feuer darin. „Willst du mir sagen, wozu du das viele Geld gebraucht hast?“ fragte Schiemann.

„Nein, Herr. Es wäre eine lange Geschichte und hätte doch zu nichts.“

Schiemann stand auf und blieb vor ihm stehen, indem er ihn betrachtete. „Du bist in schlechten Händen gewesen,“ sagte er, „ich will sehen, was ich tun kann, aber du mußt erst beweisen, ob du es verdienst.“ Er tat nun eine Reihe Fragen an Thorkel über dessen Soldatenleben und kam endlich dabei auch auf den Leutnant Erik Meldal, über den er ihn genau ausfragte und allerlei erfuhr, was ihm wohl zu behagen schien.

Der junge Offizier war schon seit einiger Zeit nicht mehr in der Garnison, sondern hatte Urlaub genommen und war fortgefahren, wohin, wußte Thorkel nicht zu sagen. Aber nach allem, was er erzählte und was ihm abgefragt wurde, hatte der Leutnant loder gelebt und beträchtliche Schulden gemacht; auch brachte Schiemann heraus, daß Erik Meldal darum gewußt, daß Thorkel

seinem Vater das Geld abgepreßt, und zuletzt kam noch etwas zum Vorschein. Herr Schiemann fragte, ob der Leutnant nicht auch Liebshafien angefangen, und Thorkel meinte, daran hätte es ihm wohl nicht gefehlt, denn er sei der schäufste unter allen Offizieren und da sei ein alter reicher Proprietär gewesen, aus Mos in Christiansfjord, dessen Tochter hätte er bekommen können, wenn er so gewollt.

Herr Schiemann legte ihm seine Hand auf die Schulter und sagte: „So ist er am Ende wohl dem Proprietär und seiner Tochter nachgegangen?“ sagte er.

„Es mag wohl sein,“ verneinte Thorkel.

„Ja, ja,“ rief Schiemann und nickte ihm zu. „Das ist gewiß so, und höre Thorkel — komme her und trinke noch ein Glas. Dann gehe in mein Magazin und lüch dir da einen Anzug aus, wie er dir paßt. Einen solchen hast du nötig, wenn die Leute dich mit besseren Augen ansehen sollen. Ich werde ihn dir auf Kredit geben, du siehst also, daß ich dir beistehen will. Dann komme wieder zu mir, ich schreibe inzwischen einen Brief an den Pastor Wille, damit er dir seinen Rat erteilt und dich in seinen Schutz nimmt. Jetzt gehe und mache, daß du fertig wirst.“

Während er sprach, hatte er schon an einer Klingelschur gezogen, und es erschien ein Buhhalter, dem er seine Befehle gab, und welchem Thorkel nachfolgte. Jeder nordische Kaufmann hat ein Magazin voll Waren der allererstenbedensten Art, Kleider und Geräte; vom Hemdentopf bis zum Pelzrock, und von der Nähmaschine bis zum Angelbaken bis zur Art und dem Reststuhl. Es dauerte gar nicht lange, so war Thorkel in einen neuen Menschen verwandelt. In Knopffade und Glanzhut, mit einem breiten, rotbraunen Tuch um den Hals trat er wieder herein, und als er vor dem Herrn Schiemann stand, sagte dieser: „Jetzt wird dich mancher schon besser betrachten; benimmst du dich klug, so wird es danach auch weiter gehen. Hier hast du den Brief. Sage dem Herrn Jöns Wille alles, was dich bei ihm empfehlen kann. Auf den Kopf gefaßen bist du nicht, weißt selber zu beurteilen, was davon abhängt, daß er nicht denkt, du hättest noch immer leichtsinnige Streiche im Kopfe, Soldatentümele und den leberlastigen Erik Meldal. Daß er Schuld daran hat, wenn du schlecht wurdest, ist gewiß. Hat er nicht darum gewußt, daß du das Geld von deinem Vater nahmst?“

„Gewußt hat er es,“ sagte Thorkel.

„So verhehle dem Pastor nichts, und dann komm morgen wieder zu mir. Benimmst du dich so, daß man dir vertrauen kann, so sollst du Arbeit haben, und wegen der Stelle sprechen wir weiter. Jetzt geh.“

Thorkel setzte sich in den kleinen Nachen, den auf seine Bitten ein alter Bekannter ihm geliehen, und fuhr über den Fjord zurück. Es war ein ziemlich windiger Tag, das Wasser ging un-

ruhig und hoch, aber er regierte den Nachen mit Kraft, als wollte er sein altes Ansehen behaupten, daß er der beste Schiffer sei, und er sah wohl auch, wie Clas am Ufer stand mit mehreren anderen, die ihm ihm meinten, daß Thorkel umkehren müßte, weil er es gegen Wind und Flutwelle nicht schaffen könnte. Aber der Nachen schmitt in gerader Linie über den Fjord auf Vesnie's Kirke los, und er landete Gullits Hausstelle zur Seite an den Steinen. Darauf stieg Thorkel hinauf und als er an dem Hause vorbeiging und an der Bank, wo er gestern gesessen, blieb er einen Augenblick stehen. Die Bank war leer, zögernd ging er weiter. Dann sah er sich noch einmal um, da stand Sigrid auf der Türschwelle.

„Guten Tag, Sigrid!“ sagte er.

„Habe Dank, Thorkel,“ antwortete sie, hielt aber ihre Hände unter der Schürze.

„Lachst du?“ fragte er und kam näher.

„Warum nicht?“ antwortete sie und sah lachend auf seinen neuen Anzug.

„Herr Schieman hat ihn mir geborgt,“ fuhr er fort.

„Ei ja,“ sagte sie, „er wird dich brauchen können.“

„Da lachst Thorkel auf. Das ist richtig, Sigrid. Hier ist ein Brief an den Pastor. Sie meinen es beide gut mit mir.“

„Wahre dich aber doch, Thorkel,“ sagte Sigrid.

„Bovor?“

„Vor Unrecht.“

„Nu, nu!“ sagte er, „traust du mir Unrecht zu?“

Sie schüttelte den Kopf und ihre blauen Augen glänzten dabei als schiene die Sonne hinein.

„Gib deine Hand her, Sigrid!“ rief er freudig.

„Nein, nein!“ verneinte sie, „Vater hat es mir verboten, auch soll ich nicht mit dir sprechen, es sei denn, daß es nicht anders geht.“

„Und es geht eben nicht anders,“ lachte er.

„Weil Jungfrau Else vom Pfarrhose hier bei mir war, es ist kaum eine Stunde vergangen,“ fuhr Sigrid fort, „und ich mußte ihr geloben, daß ich dir sagen wollte, sobald ich dich sähe, sie müßte mit dir sprechen und wollte heute abend, wenn das Essen vorbei und es finster geworden, im Garten sein, gleich hier an der Ecke am Felsen.“

„Und was gibt es wichtiges weiter, Sigrid?“ fragte Thorkel, „du hast mich also ermartet?“

„Freilich habe ich es,“ verneinte sie. „Vater ist mit beiden Booten hinaus auf den Ageröesund, da stand ich am Fenster und sah dich kommen. Nun aber sollst du tun, was ich haben will, und löst es mir schwören.“

„Das will ich, Sigrid,“ sagte er.

Fortsetzung folgt.

← Geschäfts-Eröffnung. →

Einem verehrlichen Publikum von Lübeck und Umgegend die ergebene Anzeige, daß wir außer Breite Straße 52 am Freitag, dem 13. Oktober 1922 in der **Huxstraße 38** ein weiteres Geschäft unter der Firma

Hamburger Kaffee-Lager

Thams & Garfs

8022

eröffnen werden.

Es wird unser Bestreben sein, den Wünschen der Kundschaft gerecht zu werden. Hochachtungsvoll

Hamburger Kaffee-Lager Thams & Garfs.

Amtllicher Teil.

Handelsregister.

Am 10. Oktober 1922 ist eingetragen 1. die Firma Siebert u. Hünic, Lübeck. Persönlich haftende Gesellschafter: Richard Siebert, Kaufmann, Erdmann Hünic, Ingenieur, beide in Lübeck. Offene Handelsgesellschaft. Die Gesellschaft hat am 15. September 1922 begonnen; 2. die Firma Heinrich Bentzin Lübeck. Alleiniger Inhaber ist der Kaufmann Johannes Heinrich Christian Bentzin in Lübeck; 3. die Firma Paul Giesenhagen, Lübeck. Alleiniger Inhaber ist der Kaufmann Paul Hans Wilhelm Giesenhagen in Lübeck; 4. die Firma Martin Reese & Co., Lübeck. Persönlich haftende Gesellschafter: Martin Friedrich Wilhelm Reese, Frau Karl Emilie Andreas Richard Edener, Kaufleute in Lübeck. Offene Handelsgesellschaft. Die Gesellschaft hat am 1. Oktober 1922 begonnen. (8007) Lübeck. Das Amtsgericht, Abt. II.

Handelsregister.

Am 11. Oktober 1922 ist eingetragen 1. die Firma Wilhelm Gerthe Zweigstelle Lübeck, Lübeck. Die Hauptniederlassung befindet sich in Dänabrück. Offene Handelsgesellschaft. Persönlich haftende Gesellschafter sind: der Kaufmann Gerhard Otto Paul Gerthe und Alwine Gerthe geb. Meine, Witwe des Bankiers Friedrich Wilhelm Gerthe, beide in Dänabrück. Die Gesellschaft hat am 1. Oktober 1915 begonnen. Dem Kaufmann Georg Arthur Boehm in Lübeck ist Prokura erteilt; 2. bei der Firma Gebrüder Schütz in Lübeck: Dem Kaufmann Heinrich Braun in Lübeck ist Prokura erteilt; 3. bei der Firma Paul Halle, Lübeck: Die Firma ist erloschen. Lübeck. Das Amtsgericht, Abt. II.

Handelsregister.

Am 10. Oktober 1922 ist eingetragen die Firma Lüders Holzlampen- und Holzwarenfabrik Aktiengesellschaft, Lübeck. Gegenstand des Unternehmens ist: a) Fabrikation und Vertrieb von Holzwaren und Lampen aller Art und dazu gehörigen Teilen sowie von Drechselwaren und kunstgewerblichen Artikeln, ferner der Export oder die Beteiligung an anderen Unternehmungen ähnlicher Art, b) Handel mit sämtlichen für die Fabrikation der in a) bezeichneten Gegenstände nötigen Rohmaterialien und Halbfabrikation. Grundkapital: 2.250.000 Mark, eingeteilt in 2250 auf den Inhaber lautende Aktien zum Nennbetrag von je 1000 Mk. Vorstand: Kaufmann Waldemar Lüders in Lübeck, Aktiengesellschaft. Der Gesellschaftsvertrag ist am 7. Juni 1922 festgestellt und am 23. September 1922 hinsichtlich des § 14 abgeändert. Die Gesellschaft wird vertreten: a) wenn ein Vorstandsmitglied vorhanden ist, durch dieses allein oder durch zwei Prokuristen; b) wenn mehrere Vorstandsmitglieder vorhanden sind, durch zwei derselben oder durch ein Vorstandsmitglied und einen Prokuristen. Die Befehlsgewalt der Vorstandsmitglieder liegt dem Aufsichtsrat ob. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, einzelnen Mitgliedern des Vorstandes die Befugnis zur Alleinvertretung der Gesellschaft zu erteilen. Die Bekanntmachungen erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Die Berufung der Generalversammlung erfolgt durch Bekanntmachung im Reichsanzeiger mit einer Frist von mindestens 2 Wochen. Die Gründer der Gesellschaft sind: 1. Kaufmann Erich W. Haug in Lübeck, 2. Carl-Joh. Franz Henning in Hamburg, 3. Generaldirektor Hermann Kühn in Kassel, 4. Kaufmann Waldemar Lüders in Lübeck, 5. Generaldirektor Adolph Kraus in Hamburg, 6. Direktor Edward Wilhelm Strain in Lübeck, 7. Vizeminister a. D. Carl Wilbrandt zu Döberitz i. M., 8. Kaufmann Waldemar Lüders hat in die Gesellschaft das von ihm unter der Firma Ferdinand Lüders, Holzlampenfabrik betriebene Geschäft außer den Aktien und Resten vor dem 18. April 1922 eingebracht. Der Einbringungszeit beträgt 1.500.000 Mk. Die Gründer haben die sämtlichen Aktien übernommen. Die Übernahme ist zu 100% erfolgt. Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind: 1. Generaldirektor Hermann Kühn in Kassel, 2. Kaufmann Wilhelm C. Lüdemann in Lübeck, 3. Vizeminister a. D. Carl Wilbrandt zu Döberitz i. M., 4. Kaufmann Ferdinand Lüders in Kassel. Von den mit der Anmeldung der Gesellschaft eingereichten Schriftstücken insbesondere von dem Prüfungsbericht des Vorstandes und des Aufsichtsrats sowie der Rechnungen kann bei dem unterzeichneten Gericht Einsicht genommen werden. Der Prüfungsbericht der Rechnungen kann auch bei der Handelskammer hier selbst eingesehen werden. (8027) Lübeck. Das Amtsgericht, Abt. II.

Nichtamtlicher Teil.

Fr. Joh. a. 15. Okt. ein...
 Freitag, 6. Okt., e. Z.
 8007) Deutschr. 43, II, 1

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
 Zahlstelle Lübeck, Distrikt Schlutup.
Nachruf.
 Im 9. Oktober 1922 starb unsere Kollektin **Louise Raths.**
 Ehre ihrem Andenken!
 Die Beerdigung findet statt am Freitag, d. 13. Oktober nachmittags 3 Uhr am Trauerhause Neuftr. 5. (8019) Die Distriktsleitung.

Freitag und Sonnabend: **Prima 8026**
junges elites Füllfleisch und Wurst.
r. Kollmann
 Reiferstraße 8.

Alle Arbeiter
 kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei **(7992)**
Otto Albers
 Markt 4 Kohlmarkt 10

Möbel
 Herren-, Speise-, Schlaf-, Kinder-, Küchenschrank.
Roldts Möbellager
 Fischergrube 25/27.

Dankfagung.
 Hiermit sagen mir allen Kunden und Bekannten, die den Sarg meines lieben Entschlafenen so reich mit Kranzschmücken und ihm die letzte Ehre erwiesen, insbesondere Herrn Senator Bromme für den ehrenvollen Nachruf, der Bürgererschaft der Stadt, sowie den Belehrgarten der hiesigen und auswärtigen Betriebe meinen herzlichsten Dank. (8021) Frau Emma Radde und Familie.

Ein tüchtiger (8014) **Werkzeug-Dreher** der nachweislich als Holzler gearbeitet hat, sofort gesucht.
Drägerwert, Personalbureau.

Die Kunst der **Gelbst-verteidigung** bei tätlichen Angriffen nach dem japanischen **Dschiu-Dschitsu.** Mit 40 Abbildungen. Mt. 12.—
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co. Johannisstr. 46.

Nehme die Beleidigung gegen Frau Petersen zurück (8015) **P. Menge.**
 Kinderwagen gel. Ang. m. Nr. u. A 471 a d. G. 8017

Das bekannteste Einkaufshaus für Arbeiter und jeden Beruf!

Ein Posten starke Schuhwaren:
 Starke Schaftstiefel, Arbeitsstiefel 1 Post. Herrenschuhstiefel 2500, 1 da. Jagdschuhstiefel 2760, 1 da. Damenstiefel 1850 elegant mit Lacksohle.
 Elegante Damen-, Herren-, Kinderstiefel in allen Größen.
 Warme Gamsleder, Dampfer uim. Starke Lederkappen. (8020)
 Elegante Damenmäntel 6950,—, 9800,— bis 22000,—
 Eleg. gem. Hosen 950,— und besser
 Starke Herren-, Mann- u. Kutschhosen, Leders- u. Wand-Kappen.
 Sammelartikel 3900,—, 3175,—, Berufskleidung Hüte, Mägen.
 Mod. elegante Damenmäntel, Röcke, Blusen, Strickjacken, Kleider, reizende Kleider, schöne Mägen

Ehlers & Reehwisch
 Holtenauerstr. 1. St. Petri 2-4.
 Leinen - Aussteuer - Betten.
Unsere reellen Qualitäten sind weltbekannt!

Billige Baumwollwaren
 mittelfädiges Hemdentuch Mtr. 225,00
 grobfädiges Hemdentuch 250,00
 mittelfäd. Hemdentuch 325,00 u. 275,00
 schweres Handtuch Mtr. 350,00
 Robnessel 1a. Qualität 80 cm breit 250,00
 Robnessel 1a. Qualität 140 cm breit 495,00
 Robnessel 80 cm breit 225,00
 weißes Finett Mtr. 395,00 u. 298,00
 weißes Pique Mtr. 395,00 u. 295,00
 Unterrock Patchend 85 cm br. Mtr. 225,00
 Velour f. Kleider Mtr. 295,00 u. 285,00

Damaste, Satins, Linon für Bettbezüge, doppelbreit Haustuche, Halbleinen für Bettdecken, Inletts und Bettfedern billigst

Herren-Anzüge 4950,—, 3950,—, 2950,—
 Herren-Anzüge 15000,—, 12000,—, 7800,—
 Herren-Hosen f. d. Arbeit sehr preiswert
 Woll-Unterjacken 2000,— 1500,— 895,—
 woll. Herren-Schals für Herren 595,—, 495,— 395,—
 Normal-Unterhosen für Herren 795,— u. 595,—
 1 Post. halbwoll. Kindersrümpfe enorm billig.

Johannes Holtz
 LÜBECK · MARKTG · KOHLMARKT 6

Mischkaffee
 mit 10% Robenkaffee (8023)
 Kaffee 1/2 20.—
 Kaffee 1/4 75.—
 Bandnudeln 1/2 16.—
 Radennudeln 1/4 16.—
 Macaroni 1/4 17.—
 Strupf 45.—
 Kunsthonig Pat. 48.—
 Kote-Grüge-Pulv., 1.—
 Vanille-Puddingpulver, lose 1/2 20.—
 Zartbitter 1/2 130.—
Eduard Speck, Huxstr. 50/51.

BRAUTLEUTE kaufen (8001)
Verlobungsringe
 am besten und vorzuziehend **direkt ab Lager** und Fabrikationsstätte. Alleinige Fabrikation für Lübeck
C. Porté, Goldschmied.
 Breite Straße 25, Ecke Pfaffenstraße.

Beste Speiskartoffeln
 gesunde, gelbfleisch., vom Meckl. Sandboden, für den Winterbedarf lief. zum Tagespreise frei Haus und ab Lager Falkenstr. Mitte
Wanzenberg & Gerber.
 Kartoffelgroßhandlung 8018
 In der Falkenwiese 10. Telefon 525.

Margarine wird knapp
 und kostet im Einkauf Mt. 348 p. 8
 Bis einschl. Sonnabend verkaufen Lagerbestand
 für Mt. 270.—, 280.—, 290.— pr. 8
Lübecker Margarine-Centrale
 Holtenauerstr. 9, Marktgraben, Warenborststraße 9, Huxstraße 43, Wismarstr. 29
 Schwarbau. Schlutup.

Gewerkschaftshaus
 Restaurant Johannisstr. 50
 Mittagstisch Abendtisch
Großer schattiger Garten

Trocadero
Neu!
 Ab 5 Uhr nachmittags:
 Beginn der beliebten
Wiener Stimmungs-Konzerte

Concerthaus Lübeck
 Morgen Freitag 1. Jan. Damen (7996) Eintritt frei.

Konzerthaus Lübeck
 Morgen Freitag:
1. Familien-Kränzchen
 mit heiteren Vorträgen.
Gretel von Walden, die jugendliche und temperamentvolle Vortragskünstlerin.
Hermann Watson, der bekannte und geschätzte Humorist. (8003)
 Anfang 8 Uhr.

Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands Ortsverein Lübeck.
Ihre Hoheit die Tänzerin
 Freitag 7 1/2 Uhr:
 Zum letzten Male!
Die beiden Nachtigallen.
 Sonnabend 7 1/2 Uhr:
 Zum ersten Male!
Der heilige Ambrosius.
 Operette in 3 Akten von Leo Fall. 8006
Stadttheater Lübeck
 Donnerstag, 7.30, Ab. B.: **Der Viehhäber.**
 Freitag, 7 Uhr, Ab. B.: **Ariadne auf Naxos.**
 Sonnabend, 7.30: **Volksbühne: Carmen.**
 Sonntag, 3 Uhr: **Blattdeutsche Witbe: Mauer Süd Rinner.** (7998)
 7.30: **Gasparone.**
 Die Abonnenten werden dringend gebeten, die noch ausstehenden Nachzahlungen an der Theaterkasse zu leisten, nachm. zwischen 3 und 6 Uhr und in den üblichen Kassenstunden.
Der Vorstand.

Café „Vaterland“
Täglich Konzert
 der (7990) **Hamburger Künstler-Vereinigung.**
 Direktion: Adolf Martens

Urbim
 der gute Schuhputz
REINIGUNGSKARE IN DOSEN MIT BANDEROLE

Läufe Wägen u. Fische vert. wie bekannt „Niefolda“. H. Wiese Regimentsstr. 4. (8009)

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 12. Oktober.

Grenzenlose Not.

Hat es noch Zweck, auf die wachsende Verelendung unseres Volkes hinzuweisen? Spürt nicht jeder am Leib und Seele das Jermürbende der sich täglich steigenden Not, des sich ständig verschärfenden Kampfes ums Brot! Selbst der bestbezahlte Arbeiter nährt sich in der Hauptsache von minderwertigen Nahrungsmitteln, und wie sich die aus dem Produktionsprozess Ausgeschiedenen, die Sozialrentner, Arbeitslosen, alten und kranken Leute noch mühsam am Leben erhalten, ist kaum auszudenken. So manche Frau, die mit Papiergehältern, einem früheren Jahreslohn entsprechend in den Laden geht, steht zerflüßt vor den paar Pfundigen Waren, kaum ausreichend, die Hungerigen zu Hause für einen Tag zu sättigen. Dies und jenes bitter Notwendige muß vom Vormerkzettel gestrichen werden. Denn schon auf dem Einkaufsweg hat sich der „Dollarkurs“ geändert und somit auch die deutsche Ware. Trafiklofen Herzens läßt die Käuferin etwa bereuteste Lebensmittel wieder abtragen — es reicht eben nicht, obwohl doch „so viel“ Geld mitgenommen wurde.

Grenzenlos steigen die Preise, steigt die Not!

Das Beste wird zusammengegriffen um des lieben Lebens willen. Gar nicht zu reden von der Leibeshülfe. Wenn heute ein Familienvater sieht, daß bei seinem Nachwuchs ein Anzug und etliche Paar Stiefel erneuerungsbefähigt sind und sich überschlägt, was das wohl kosten wird, dann kann er sehr leicht auf, sagen wir einmal, 40 000 Mk. kommen. Der arme Mann ist natürlich tief erschrocken und sagt zu seiner Frau: Du mußt halt doch noch einmal schauen, daß du die Sachen zusammenfällst, und wenn wir dann ein Jahr lang von meinem und deinem Verdienst und vom Gehalt der Kinder zurücklegen so viel nur geht, dann werden wir vielleicht die 40 000 Mk. zusammenkriegen. Aber wenn der Mann nun unter arößten Entbehrungen für sich und seine Familie wirklich im Laufe des Jahres die 40 000 Mk. erspart, werden dann Anzug und Stiefel auch noch für 40 000 Mk. zu haben sein? Nach allen bisherigen Erfahrungen: Nein. Der Mann wird nach Ablauf des Jahres sich gerade so wenig die Sachen, die er braucht, kaufen können, wie heute, denn, wenn er die 40 000 Mk. hat, wird er wahrscheinlich 150 000 Mk. brauchen, und wenn er nach einem weiteren Jahr auch diese Summe wirklich beisammen hätte, wird, wenn die Dinge so weiterlaufen wie bisher, der Bekleidungsbedarf mit Millionenziffern zu berechnen sein.

Eine Bekleidungsbeispiel. Eine Mutter gibt in einem längeren Schreiben ihrer Erwähnung darüber Ausdruck, daß ihr in einem hiesigen Geschäftshaus für einen Kindermantel über Nacht 3160 Mark mehr abverlangt wurden. Im Abend sollte der Mantel 2740 Mk. kosten. Wie oben betont, konnten die mitgenommenen Papiergehälter nicht. Morgens früh 9 Uhr sollte die Frau das Kleidungsstück für den alten Preis erhalten, das war hierauf schon der neue Preis mit 3900 Mk. angeheftet. Erst auf energischen Protest hin wurde ihr der Mantel zum alten Preis ausgehändigt. Der Wertmesser des deutschen Kaufmanns, der Dollarkurs, hatte sich hier in einer unerhörten Kränkung offenbart. Dies Beispiel zeigt aber auch, wie gemeingefährlich sich der sogenannte Wiederbeschaffungspreis auswirkt. Das Publikum ist ihm erbarmungslos und verelendungslos ausgeliefert.

Wenn die Gleichgültigkeit an maßgebender Stelle anhält, werden wir den ganzen Sommer unserer Wirtschaft bei dem einzigen Artikel, der das deutsche Volk vor dem vollständigen Verhungern in diesem Winter schützen soll, der Kartoffel, auch noch erleben. Auf dem Kartoffelmarkt herrscht zurzeit eine ungläubliche Verwirrung. Nicht nur, daß gewisse Interessenten, sowohl Erzeuger wie Händler, die widerstreitendsten Gerichte in Umform lehen, um so der Preissteigerung auf dem Felde Vorkauf zu leisten, sondern auch die amtlichen Beauftragten weichen in auffälliger Weise voneinander ab. Diese Unsicherheit in der Beurteilung der Verhältnisse trägt nicht unwesentlich dazu bei, daß sich die Löhndirte abmehren und nur schwer zu bewegen sind. Kartoffeln überhaupt abzugeben, zumal die übrigen Futtermittelpreise außergewöhnlich hoch sind und damit der Preis zur Verflüchtigung von Kartoffeln gegeben ist. Auf jeden Fall muß eine Einheitspolitik in der Stellungnahme der amtlichen Stellen herbeigeführt werden, um endlich der Anarchie auf dem Gebiete der Kartoffelverteilung ein Ende zu machen. Jeder schickt sich so out er kann. Und das insbesondere die Kararier in dieser Beziehung ihr Geschäft ausgezeichnet verstehen, ist bekannt und wird jetzt jedem wieder klar durch deren unverantwortliches Bestreben, den Getreidepreis zu verdrängen.

Es ist empörend, wie das Volk behandelt wird. Aber bei all dem muß sich jeder, und insbesondere manche Frau, die Frage

vorlegen, ob sie nicht auch ein klein wenig schuld an diesen Zuständen hat. Gar manche Frau sollte sich fragen, ob sie bei der Reichstagswahl, als sie ihre Stimme für einen bürgerlichen Kandidaten abgegeben hat, auch gut beraten war. Damals, als viele Frauen den Ehrenklängen der Bürgerlichen und ihrem Pressegeschrei folgten, als sie einen Kandidaten der Deutschen Volkspartei oder einen der Deutschnationalen wählten, da haben sie den Grundstein gelegt zu ihrem jetzigen Unmut. Die bürgerliche Mehrheit im Reich, die herbeizuführen die Frauen recht viel mitgeholfen haben, ist verantwortlich für die Ernährungs- und Wohnungsnot, die heute in immer größerem Umfange in die Familien einzieht, wenn die Auswirkungen der Beschlüsse der bürgerlichen Mehrheit nicht nur in den Arbeiterkreisen zu spüren sind, sondern auch die Frau des Beamten usw. mit Sorgen belasten, mehr als wie sie es erwartet haben, dann sollten die Frauen zurückdenken an die Zeit, da sie einen bürgerlichen Stimmzettel in die Urne geben haben. Es sind schmerzhaft aber auch heilsam Lehren, die die Frauen jetzt durchkosten müssen bei ihrem Bemühen, mit dem, was der Mann heimbringt, den Lebensbedarf für die Familie zu schaffen. Möge daher den Frauen die Erkenntnis kommen, daß sie bei kommenden Wahlen sich dieser Lehren erinnern.

Zur Erhöhung der Gaspreise usw.

Luststöße des Generalanzeigers.

Die am Mittwoch angekündigte neue schwere Belastung durch erhöhte Preise für Gas, Wasser und Elektrizität bringt, wie alle raschmäßig wiederkehrenden Preisserhöhungen seit Jahr und Tag, wenig Freude in die Kreise unserer Mitbürger. Das ist verständlich und niemand bedauert dies mehr als wir. Das ständig abwärts rollende Rad unseres Wirtschaftens streift natürlich auch die Staats- und Kommunalbetriebe, ja diese werden in erster Linie von ihm scharf erfaßt. Während der Privatunternehmer sich rechtlos und recht viel auch strupplos am Käufer schadlos hält — siehe unten Artikel: Grenzenlose Not — können sich die kommunalen Betriebe nur langsam vorwärts tasten, weil sie in erster Linie dem Allgemeinwohl zu dienen haben und erst nachher dann auf sich selbst sehen, dem blutleeren Staatskassen eine kleine Auffrischung zuzuführen. Bestenfalls ist man heute aber in den Rathhäusern schon froh, wenn sich die Betriebe selbst erhalten.

Der Sprung des Gas-, Strom- und Wasserpreises war im Vormonat ganz gewaltig, und auch die neueste Stufe ist bedeutend. Es handelt sich seit August fast um den fünffachen Betrag. Die Endsumme des Verbrauchs für den Haushalt des kleinen Mannes am Monatsende mag man kaum ausdenken. Und doch muß sie bezahlt werden, wenn die häuslichen Betriebe aufrecht erhalten werden sollen. Wir können noch so unzufrieden darüber sein, wollen wir weiter Licht und Kraft beziehen, dann müssen wir eben in den lauren Arkel beiken. Mit leeren Lebensarten ist über diese Tatsache nicht hinwegzukommen. Wohl aber bedarf es sorgfältiger Prüfung unserer Vertreter in der Bürgerschaft und den Behörden, welche zweckmäßigsten Mittel angewandt werden müssen, um den Preispreis so gering wie möglich und für die Volksgenossen höchstens erträglich zu machen. Wir wissen diese undankbare Arbeit wohl zu würdigen. Vorbeeren sind dabei nicht zu ernten. Es sei denn, man gehe so simpel vor wie die Colemanprelle, die sich in letzter Zeit ein besonderes Vergnügen daraus macht, gegen die notwendigen Preisserhöhungen staatlicher Betriebsanstalten blindlings anzurufen. Das steht dem nationalsozialistisch-demokratischen Monstrum besonders gut an. Diese Fabrik für bedrucktes Zeitungs- und Briefpapier ist ganz prächtig, die prekapitalistische Profitwirtschaft mit Glanz zu verteidigen, verstand es auch gut über die Defizitwirtschaft der Staatsbetriebe zu räsonnieren und für „Nachminister“ aller Grade einzutreten. Und nun, da verflucht wird, ein Gleichgewicht herzustellen, weitem die Bramarbaschere auch gegen dieses Bestreben. Recht lobenswerth auch deswegen, weil doch in den Behörden auch Leute sitzen, die dem Bestandeswid der Colemanischen Zeitungsfabrik entsprechen und trotzdem zweifellos von der Notwendigkeit der behördlichen Maßnahmen überzeugt sind. Aber man kennt ja die Luftballonpolitik der Colemaner zu genau. Sie müssen nach irgend einer Richtung hin wippen, selbst auf die Gefahr hin, daß auf ihre geschmolzenen Seiten ein Klappn fällt. Diese Art Panikaritischscherei zieht nur bei ganz einfältigen Menschen. Würden diese nur etwas Denkermäßen besitzen, dann müßten sie den aufgelaufenen Herren die Tatsache ins Gesicht schändeln, daß gerade der Generalanzeiger der Hauptstättentäter auf die Lagen seiner bedauernswerten Pester ist. Wer hat denn die wahnwitzige wilhelminische Militärherrschaft, die uns den ganzen Salat einbrachte, in den Himmel gehoben? Wer hat Kriegs- und Siegesgeschrei bis zum Mahanin angesetzt? Wer hat dem Volke vor der Aufhebung der Zwangswirtschaft gebra-

tene Tauben verprochen? Doch nur die Kapitalistenpresse vom Schlage des Generalanzeigers. Ist das alles vergessen?

Um die Haltlosigkeit der Behauptungen des Generalanzeigers zu beweisen und die Notwendigkeit der erhöhten Gas-, Strom- und Wasserpreise zu begründen, hatte der Direktor der Betriebsbehörde, Herr Henke, die Presse zu einer Besprechung eingeladen. Hauptgründe sind die Kohlenpreiserhöhung und die gesteigerten Frachtpreise. Tatsache ist, daß eine ganze Anzahl Städte ähnliche Preise für Gas, Wasser und Elektrizität haben wie Lübeck, und daß selbst in Rheinland-Westfalen, wo die Frachtpreise fast gar nicht in Betracht kommen, Gaspreise von 18—20 Mk gefordert werden. Wenn Hamburg noch billiger liefert als Lübeck so liegt dies daran, daß man sich dort nicht, sofort einen solchen gewaltigen Sprung zu machen und weil die Neuenammer Gasquelle noch billigen Zufuhr liefert. Waren wir hier nicht dem Hochofenwerk angegliedert, müßte Lübeck englische Kohlen beziehen und der Betrieb würde noch viel teurer. Zudem gibt Lübeck Gas mit 4700 Wärmeinheiten ab, während andere Städte diese in der Regel auf 4200 Kalorien beschränken. Würde der Gaspreis im Verhältnis zum Friedenskohlenpreis berechnet, müßte der Kubikmeter auf 84,50 Mark zu stehen kommen. Da der Gaspreis aber bedeutend niedriger ist, so ergibt sich, daß Kohlgas trotz allem noch viel billiger ist als Kohlenfeuerung. Der Direktor versicherte, daß die möglichst sparsame Wirtschaft mit Unterstützung der Betriebsräte durchgeführt sei und daß man daran arbeite, eine richtige kaufmännische Buchführung einzuführen. In Vorkriegszeiten habe das Gaswerk allein 600 000 Mk Ueberschüsse erzielt, heute sollten etwa 16 Millionen herausgewirtschaftet werden!

Wesentlich ist das Verhältnis beim Wasser- und Elektrizitäts-werk. Wenn die von der Ueberlandzentrale belieferten Gemeinden billigeren Strom beziehen, dann liegt dies an mangelnder Abschreibung für Erneuerungen, die sich später noch rächen werde. Der Strombedarf in Lübeck sei nicht sehr groß, weil die Großindustrie durch die Ueberlandzentrale versorgt werde, die den Profit einstecke. 40 Prozent der Stromerzeugung des hiesigen Werkes werde zum Selbstkostenpreis an die Straßenbahn abgegeben. Das Rückarat jeder Stromabgabe bilde die Großindustrie.

Direktor Zimmermann gab noch einige Auskünfte über die Straßenbahn, die seit April 8 Millionen Mark Defizit verzeichnet. Hauptursache dieses Defizits bilde die unbillige Lohnpolitik des Reiches, die die Löhne und Gehälter rückwärts festsetzt. Der heutige Fahrpreis decke nicht einmal die Selbstkosten. 75 % der Einnahmen erforderten Gehälter und Löhne, die etwa um das 220fache gesteigert seien, während der Fahrpreis nur das 100fache betrage. Der Strompreis stieg um das 200fache, die Materialkosten um das 350—1000fache. Tatsache sei, daß der Verkehr bei jeder Tarifierhöhung nachgelassen habe, aber kaum unter die Vorkriegsbesonderung gelunken sei. Es komme zweifellos der Zeitpunkt, wo eine weitere Tarifierhöhung ausgeschlossen sei, doch müsse man vorherhand noch mit weiteren und baldigen Erhöhungen rechnen. Soweit die Aussprache mit den Pressevertretern.

Die Straßenbahnen gehen — wie wir ergänzend hinzufügen wollen — nicht minder schweren Zeiten entgegen wie die Theater. Die Straßenbahnen von Osmabrück, Münster i. W., Bielefeld, Schweinfurt, Jittan, Altona, Friedberg i. S., Landshut a. d. W. und Bernburg haben ihren Betrieb ganz eingestellt. Wie lange noch wird es dauern, und die Theater gehen den selben Weg. Lübeck wird bald bedeutende Eintrittserhöhungen vornehmen. Die Einwände eines Vertreters über den Stadttheaterzuschuß aus Ueberhöhen anderer städtischer Betriebsunternehmen können wir in diesem Zusammenhang übergehen. Man kennt ja die Gründe des Verdrossenen und Verdrießlichen.

Wie gesagt, auch wir sind von diesen nackten Tatsachen gewiß nicht begeistert. Solange aber die Verheerung der Mark weiter fortgeschritten, werden auch die staatlichen Betriebe nach einem Ausmaß suchen müssen. Wir sehen das Vertrauen in unsere Vertreter und die Betriebsbehörden, daß sie nur in arößter Not zu Preisserhöhungen schreiten. Dem Verbraucher bleibt nichts anderes übrig, als durch Lohnerhöhungen den Schaden wieder wegzumachen zu versuchen. Schwer genug fällt dies und völlig gelingt es leider niemals.

Kommunalpolitische Tagungen.

Ein Ueberblick über die kommunalpolitischen Tagungen in der letzten Zeit zeigt, wie stark allorts die Gemeindevorsteher und sonstigen Kommunalbeamten sich zentral zu organisieren wünschen, um durch den Austausch von Erfahrungen und Wissen sowie durch gemeinsame Beratungen zu einer nach großen Gesichtspunkten einheitlich orientierten Kommunalpolitik zu gelangen. Der neueste Erfolg auf diesem Gebiete ist die von unferen Dortmunder Genossen angeregte Gründung der „Interfaktio-

Rino.

Von Ludwig Thoma.

Schluf.

Mit hochgeschmürtem Busen, ledigen Augen, verführerischem Lächeln... Er steht auf, freudig die Hände lehnend aus nach dem Bilde, seine Augen treten hervor, das Bild verschwindet; er kommt zu sich, schaut seine Gemahlin kalt an, und sie läßt ihren Kopf sinken, mit einem Ruck, nach einem Ruck, und einem Ruck, freudig die Arme aufs Klavier, den Kopf auf die Tasten, und ist im Schmerz aufgelöst.

Sie rinnt unterm Morgenrod auseinander. Verwandlung.

Ein Auto fährt vor. Benzoni! Fährt durch mehrere Straßen. Ein andres Auto folgt im schnellsten Tempo. Theresita!

Das erste Auto hält vor einer Gatenvilla. Benzoni! Aus dem andren Auto steigt eine Frau und schaut ihm mit brennenden Blicken nach. Theresita! Ein Mann steigt über die Treppe. Benzoni!

Verwandlung. In einem üppigen Boudoir liegt auf der Chaiselongue ein üppiges Weib. Graziella!

Sie horcht. Ihre Augen vergrößern sich. Ein Mann tritt ein. Benzoni!

Man küßt sich. Verwandlung.

Eine Frau wankt am Gitter entlang. Theresita! Wankt durch eine Straße, wankt durch noch eine Straße, wankt über eine Brücke, wankt in eine Gartenanlage, fällt um, fällt gegen einen eisernen Pfahl. Ist ohnmächtig. Verwandlung.

Ein schneeweißes Bett in einem Spital. Eine Rote-Kreuz-Schwester nickt tieftraurig mit dem Kopf. Ein Arzt mit einem schwarzen Bart nickt tieftraurig mit dem Kopfe. Eine Patientin liegt da. Auf dem weißen Bette erscheint der Schatten einer ziehenden Hulschleife und hört die tiefe Traurigkeit. Hierlinger: Ste! Ste! Teans Canern Huat owa!.. An Huat owa... jag i...

Frau Hierlinger (ihre Tränen trocknend): Eine solch-ane Unwaschämtheit! Mit an solcham Trumm Schloaja...

Hierlinger: Owa — jag i...

Frau Hierlinger: Was de Deansbott für Huat auf hamm.

Hierlinger: Sie da vorn! Teans Canern Huat owa!

Stimmen: Siiiiiii! Ruffä! Siiiiiii!

(Der Film geht weiter. Die Kranke schlägt die Augen auf. Wo — bin — ich? Der Arzt lächelt human. Die Rote-Kreuz-Schwester lächelt human. Der Schatten der ziehenden Hulschleife ättert in heftiger Bewegung. Der Schatten eines gehobenen Handgriffes eines Spazierstodes ansetzt nach dem Schatten der Hulschleife.)

Die Hutbesitzerin (greift nach ihrer bedrohten Kopfbedeckung): Hören S' auf! Führen S' Ihnen net so ungebildet auf!

Hierlinger (angelt weiter): Je! De ander mit da Bildung! Sehn S' loan solcham Datsiät auf!

Frau Hierlinger: Dös ghört si net für Deansbott'n!

Die Hutbesitzerin: Hören S' auf! Hören S' auf, Sie Bümmel, Sie toher!

Hierlinger: Gana Kindabadwanna tean S' oba, Sie Bauernjoda, Sie gräuslich!

Stimme: Wehd heut gar loa Ruach?

Andere Stimmen: Siiiiiii! Ru—hä!

Hierlinger: An Huat owa!

Diener: Es muß absolute Ruhä härschen...

(Die Hutbesitzerin nimmt ihre Kopfbedeckung mit zornigen, ruckartigen Bewegungen ab.)

Der Film geht weiter. Der Arzt küßt den Puls und schüttelt schmerzlich das Haupt. Die Kranke wird von uns genommen werden. Das Harmonium setzt ein. Die Kranke lächelt und bewegt die Finger, als wenn sie Klavier spielte. Ihre letzten Gedanken gehören ihm und dem Klavier. Verwandlung.

An der Schwelle des Krankenhauses sitzt ein Mann und starrt mit furchtbaren Blicken ins Meer. Benzoni!

Die Neue nagt an ihm. Immer härter. Noch härter.

Die Töne des Harmonius schwellen an. Verwandlung.

Der Arzt beugt sich über eine Tote. Sie ist dahin, und das Schicksal erfüllte sich. Zur Türe herein wankt Benzoni, wankt an das Bett, fällt über das Bett. Schluf.

Es wird hell.

Frau Hierlinger trocknet ihre rinnenden Tränen, Hierlinger nickt betäubt und schnurrt auf. Ueber seine biden Baden rollen ebenfalls Tränen.

Frau Hierlinger (seufzt tief): Ah... so was!

Sopherl: Mamma... was g'schieht jest?

Frau Hierlinger: Han?

Sopherl: Was tuat jesa der Mann von dera arme Frau?

Frau Hierlinger: Heirat tuat a wieda. An an derne.

Sopherl: Woach ma dös?

Frau Hierlinger: O ja! Dös woach ma.

Sopherl: Er is aba da so trauri gwen!

Frau Hierlinger: O mei! Die Mäh... na! In an Vierteljahr speanzelt a scho lang mit einer andren...

Hierlinger (im Abgehen): Teans Gana halt'n, Sie! Sunst wer i ungalant, Sie Mistamjel, Sie abscheilige!...

Die Hutbesitzerin: Ah! Ah...

Frau Hierlinger: Geh zu, Zaper! Mit keiner solch-genen Sonntagabagassi streit man doch nicht!...

(Die Familie Hierlinger geht ab. Es wird dunkel.)

Als dem aus Ludwig Thoma Nachlaß herausgegebenen Sammelband von Geschichten: „Die Dachlerin“ (Verlag Albert Langen, München).

Aus aller Welt.

Neuen Stadtrordnungsvereinigung der Provinzen Rhein- und Westfalen, welche der Verständigung über Fragen des kommunalen Verfassungs- und Verwaltungslebens außerhalb der partipolitischen Grenzen dienen will. Im Vorstand sind vertreten außer den Kommunisten sämtliche großen Parteien, von den Deutschen bis zur Sozialdemokratie. Als ein weiteres Mittel der gegenseitigen Verständigung und Belehrung hat die sozialdemokratische Gemeindevorstandskonferenz des 5. Unterbezirks in Schleswig-Holstein vom Parteivorstand die Einrichtung eines Sekretariats für Kommunalpolitik und die Herausgabe eines Nachrichtenblattes für Stadtverordnete und Gemeindevorsteher gefordert. Die wichtigste Aufgabe und auch die Basis für die praktische Arbeit eines solchen Sekretariats und für die Herausgabe eines Nachrichtenblattes durch das Komitee wäre die Reichsgemeindevorsteherkonferenz, Gemeindevorsteherkonferenzen unserer Partei haben in den letzten Wochen besonders in Sachen eifrig getagt und sich außer mit dem Reichsmittelengesetz auch mit den Finanz- und Steuerfragen beschäftigt. Die Finanzsorgen der Gemeinden lasten wie graue Wolken verfinstern auf den Horizont unserer Kommunalpolitik. Wo immer auch Kommunalpolitiker in diesen Tagen zusammentreten, richten sich ihre Blicke bejagt der Katastrophe gewärtig, auf diese Wetterwand. Der „Deutsche Landgemeindevorsteher“ fordert auf seiner letzten Tagung in München Erhöhung des Anteils der Länder und Gemeinden an der Einkommensteuer von zwei Drittel auf drei Viertel, Wiebergewährung des Zuschlagsrechts, Erhöhung der Mindestgarantie und des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer, Beteiligung der Gemeinde an der Grunderwerbsteuer mit mindestens der Hälfte. Die Landgemeinden verlangen auch, daß ihre Vertreter stärker zur Arbeit in den Regierungsinstanzen herangezogen werden. Der „Verband Westfälischer Landgemeinden“ erstrebt die zentrale Zusammenfassung der Gemeindevorsteher, indem er vorschlägt, die einzelnen Landgemeinden in Kreisabteilungen zu einem Provinzialverband Westfalen zusammenzufassen.

Die Bestrebungen bei Organisationen, die heute noch nicht als Bahnbrecher oder auch nur als Träger des Gemeindefortschritts in Betracht kommen, müssen uns Sozialdemokraten anspornen. Schematisch eine Organisation zu schaffen, die das hart pulserende kommunalpolitische Leben in unseren Reihen klärt, es lenkt und ihm damit mächtigere Stöße gibt.

Reichsbanknoten zu 5000 Mark werden demnächst in den Verkehr gebracht. Das Papier ist gelblich und mit einem hellen Wasserzeichen versehen. Dieses ist aus spärlichen Dreiecken gebildet. Die Note hat einen Zierstich, in welchem links oben und unten auf grünem Untergrund in brauner Druckfarbe das Wort „Reichsbanknote“ steht. Der übrige Teil ist durch braune vierseitige Schmalstreifen und grüne Zwischenräume ausgefüllt. In dem linken größeren Felde erscheint auf dem Untergrund die hellgerandete Wertzahl „5000“ und der braune schraffierte Reichsbanknote.

Siems. Der sozialdemokratische Verein hielt am Dienstag seine Mitgliederversammlung ab. Gen. Wolfzrad-Lübeck erstattete Bericht über den Bezirksparteitag in Bülow und behandelte insbesondere unsere Frauenbewegung. Die Besonderen mütterliche Frauen auch in die Versammlungen bringen. Ferner ersuchte Redner für unsere leitende Presse eine rege Propaganda zu entfalten. Die Beitragszahlung wurde ebenfalls von Gen. Wolfzrad berührt und von der Versammlung gutgeheißen. Eine rege Ansprache ergab sich beim Punkt: Bericht über die. Als ein höherer Uebelstand empfunden würde das laute Störengehör der Delinquenten. Ein Antrag wurde angenommen, der für die Stenker Einwohner im Sommer eine Badegelegenheit fordert. Weiter wurde verlangt, daß die Baubehörde möglichst bald den Spielplatz herrichten läßt, damit im kommenden Sommer die Kinder nicht mehr der Gefahr ausgesetzt sind, von den durchsahenden Automobilen überfahren zu werden.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.
Stadttheater. Freitag „Ariadne auf Naxos“. Für die Volkstheater wird am Sonnabend „Carmen“ gegeben. Sonntagabend zum ersten Male „Cavalleria“.

Angrenzende Gebiete.
Hamburg. Die Verkehrsstarke wurden von der Bürgerkammer am Mittwoch auf 15, 20 und 25 Mk. erhöht. Im September und infolge der Tarifserhöhungen die Hamburger Verkehrsmittel von annähernd drei Millionen Personen weniger benutzt worden als im August.

Hamburg. Auch die Hamburger Postbeamten für den A.D.S. Nachdem am 1. Oktober der Berliner Bezirk des Reichsverbandes der Postbeamten mit 25 000 Mitgliedern seinen Anschlag an den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund vollzogen hat, folgt jetzt der Ortsverein Hamburg mit 8000 Mitgliedern. In einer öffentlichen Beamtenversammlung erklärte der Vorsitzende Spanner, daß der einstimmige Beschluß des Ortsverbandes, der Funktionäre und auch einer Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Postbeamten für den Anschlag an den A.D.S. vorliege. Es soll nur noch einige Tage auf eine Verständigung mit dem Vorstand gewartet werden. Erfolgt diese nicht, dann wird der Anschlag an die neue Spitzenorganisation vom Ortsverein selbstständig vollzogen.

Sarburg. Ausgebrochene Zuchthäuser. In Sarburg, Landkreis Sarburg, sind 7 Zuchthäuser der Strafanstalt Lüneburg entwichen, die auf Außenarbeit waren.

Um 3000 Dollars beraubt. Ein wenig amüsanter Abenteuer erlebte ein Berliner Kaufmann, der in seiner Junggesellenwohnung in der Dellener Straße eine junge „Dame“ empfing, die er erst kurze Zeit vorher kennen gelernt hatte. In der Nacht betäubte ihn die Unbekannte mit einer noch nicht festgestellten Flüssigkeit und raubte ihm Geld und Wertgegenstände, darunter einen Kreditbrief der Merchants National Bank in Boston über 3000 Dollars und eine goldene Herrenuhr. Der Gesamtverlust des Kaufmanns beträgt sechs Millionen Mark.

Großfeuer in einer Grube. Aus Halle wird gemeldet: In den Werksanlagen der Grube Kassaun brach zum dritten Male innerhalb dreier Jahre Großfeuer aus, das die Anlagen fast vollständig einäscherte. Der Schaden beträgt mehrere Millionen Mark. — Das Trümmermeierische Gut in Freiberg (Sachsen) ist durch ein Großfeuer mit Ausnahme des Wohnhauses vollständig eingeeäschert worden. Fast die gesamte Getreide- und Grummelenernte, die Strohvorräte und die landwirtschaftlichen Maschinen wurden vernichtet.

Bestohlener Postbote. Einem Postboten in Dalbe (Westfalen) wurden zwei Wertbriefe mit 800 000 Mark gestohlen, die für eine Papierfabrik bestimmt waren. Der Postbote hatte die Briefe an sein Rad gebunden und dieses vor ein Haus gestellt, in dem er einen Brief zu bestellen hatte. Als er wieder herauskam, war das Fahrrad im Werte von 20 000 Mark und die Post mit den beiden Geldbriefen verschwunden.

Raubüberfall im Eisenbahnzuge. Auf der Bahnstrecke Landsberg-Jesow ist die Leiche eines jungen Mannes aufgefunden worden. Er hatte einen Knebel im Munde; der rechte Arm war abgefahren, der Kopf zeigte zahlreiche Wunden. Man scheint es mit einem Raubüberfall im Eisenbahnzuge zu tun zu haben.

Millionendiebstahl spanischer Stappensoffiziere. Die spanischen Zeitungen berichten von einem Militärskandal. Vor einigen Tagen wurde in Laraji in Spanisch-Marokko der dortige Intendanturhauptmann Jordan verhaftet. Er wird beschuldigt, die Summe von einer Million Pesetas gestohlen zu haben. Die Sache, die gewaltiges Aufsehen verursachte, nimmt immer größere Dimensionen an. Hauptmann Jordan hat aus dem Untersuchungsgefängnis Briefe an die spanische Presse geschrieben, in der er seine Handlung zu verteidigen sucht. Aus ihnen erhellt, daß eine ganze Anzahl spanischer Stappensoffiziere in Laraji seit langem den Staat gefürzlich um Millionen bestohlen haben. Die Million Pesetas, die Jordan sich angeeignet, besteht nach seinen Erklärungen aus den „monatlichen Ersparnissen“ der spanischen Intendantur- und Stappensoffiziere in Laraji, die sie von Zeit zu Zeit unter sich „verteilten“. Hauptmann Jordan, der drei Monate lang in seine Heimat beurlaubt worden war, sollte nach seiner Angaben von seinen Kameraden um den ihm zustehenden „Anteil“ betrogen werden. Er zog es darum vor, die ganze Million, die diesmal zur Verteilung gebracht werden sollte, zu stehlen und in einer Autogarage zu verstecken, wo sie aufgefunden worden ist.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Jahrpreiserhöhungen, Einschränkung und Massenentlassungen bei der Lübecker Straßenbahn.

Wir Straßenbahner sind der Auffassung, daß, soll der Betrieb nicht noch immer mehr eingeschränkt, oder was bereits zu besorgen ist, die Bahn noch völlig stillgelegt werden, andere Wege beschritten werden müssen, um das Schlimmste zu verhüten. Zunächst wäre doch wohl die Frage zu prüfen, ob die jetzige Fahrpreiserhöhung weiter angewandt werden darf. Wir beantworten dieses mit einem entschiedenen Nein. Für eine Stadt wie unser Lübeck ist die Fahrpreiserhöhung derart angefallen, daß unserer Meinung nach der größte Teil der Bevölkerung unter den jetzigen Verhältnissen einfach nicht mehr in der Lage ist, die Bahn zu benutzen, sondern die Straßen zu Fuß zurücklegen muß, und wir mit anderen Worten jetzt schon fast und leider in allernächster Zeit wohl völlig leer durch die Straßen Lübecks fahren. Diesen Tatsachen können und wollen wir nicht länger freien Lauf lassen, und wir sehen uns daher genötigt, die Öffentlichkeit davon in Kenntnis zu setzen, in welcher mißlicher Lage sich unser Betrieb befindet, und darauf hinzuweisen, ob es denn überhaupt soweit kommen könnte, wenn bei den jetzigen Verhältnissen und Betriebsverhältnisse keine Besorgnis getroffen hätte, dieses zu verhindern. Bei manchen Gelegenheiten ist die Direktion und auch die Betriebsbehörde leitens des Betriebsrates immer und immer wieder darauf hingewiesen, daß auf manchem Gebiete sparsamer gewirtschaftet werden könnte; aber man hatte hierfür kein Gehör, und den maßgebenden Instanzen aus der Bürgerkammer mußte man alles so schön und so notwendig nachzusehen, daß schließlich nie ein Grund vorlag, hier einzuschreiten.

Allen schon der Beamten- und Angestellten-Apparat hat in den letzten Jahren einen Umfang angenommen, daß derselbe gleiche Verhältnisse in anderen Städten weit überholte; auch bei vielen anderen Gelegenheiten hätte weit mehr gespart werden können und müssen. Jetzt steht der Betrieb direkt am Abgrund, und man weiß nun anheimelnd keinen anderen Weg zur Sparsamkeit, als daß man unsere Kollegen dankschuldig auf die Straße wirft. Es sind bereits ca. 100 Kollegen entlassen, 36 stehen wieder vor der Kündigung, und wenn so weiter gewirtschaftet wird, dann wird der allergrößte Teil der Belegschaft in Kürze auf das Pflaster liegen, d. h. nur vom Fahr- und Werkstättenpersonal, denn auf der anderen Seite war man bisher immer noch unglücklich bemüht und bestrebt, keinerlei Einschränkung vorzunehmen. Erst nachdem unser Betriebsrat durch einwandfreies

Zahlenmaterial aus anderen Städten das Gegenteil nachgewiesen hatte, bequeme sich die Verwaltung zu der Erkenntnis, daß wohl ein Teil des Aufsichtspersonals zu entbehren sei, jedoch eine finanzielle Entlastung des Betriebes ist in dieser Hinsicht nicht vorgenommen. Wir hatten vor der ersten Entlassung bei einer Gesamtstärke von 374 Mann 1 Oberkontrollleur, 25 Kontrollleure, 4 Fahrmeister und 8 Kassengehilfen; in Kiel dagegen bei 370 Mann 1 Oberkontrollleur, 21 Kontrollleure und einen Fahrmeister; von diesen 21 Kontrollleuren hatten 7 den Kassendienst zu verrichten. In Hamburg entfällt auf je 35 Schaffner ein Kontrollleur, und ähnlich liegt es in sämtlichen anderen Städten.

Nun zu den hier bestehenden Fahrpreisen noch einige Ausführungen. Man war auch hier in der allerletzten Zeit ernstlich bestrebt, die Sache so zu gestalten, daß uns noch der letzte Rest flüssiger Fahrgäste abwanderte. Dieses könnten wir an vielen Beispielen beweisen; wir wollen uns aber heute darauf beschränken, nur eins herauszugreifen. So hatten wir ehemals bei der Linie 12 morgens 7,16 Uhr ab Schwartau 5 Wagen nötig, um die ständigen Schwartauer Fahrgäste befördern zu können. Jetzt genügt ein Wagen, welcher mit 3-4 Fahrgästen ab Schwartau besetzt ist. Gibt es noch einen schlagernden Beweis, daß unsere ganze Miene an der verkehrten Fahrpreispolitik liegt? Man soll doch nicht glauben, daß diese sonst mit 5 Wagen zu befördernden Personen jetzt nicht mehr nach Lübeck fahren. Nein, der größte Teil fährt jetzt mit der Eisenbahn, der Rest ist gezwungen, bei Wind und Wetter per Rad zu fahren, um rechtzeitig ihre Arbeitsstelle zu erreichen. Genau so morgens bei den Arbeiterwagen derselben Strecke. Wenn nun auch ohne weiteres zugegeben werden soll, daß die Fahrpreispolitik bei der Eisenbahn eine ganz andere ist, als sie es bei einem Straßenbahnbetrieb wie dem untrigen sein kann. Daß es aber soweit kommen mußte, den letzten Stammfahrgast zu verlieren, das können wir nie und nimmer billigen.

Wir erheben den allerhöchsten Protest dagegen, daß die Verwaltung es direkt verdammt hat, eine derartige Massenabwanderung der Fahrgäste zu verhindern. Wir sind der Meinung, daß wenn bei Erhöhung der Fahrpreise nach den Urlegungen unserer Vertretung vorgegangen wäre, wir eine derartige Massenabwanderung niemals zu verzeichnen gehabt hätten. Angesichts dieser Tatsache hat die Belegschaft ihren Betriebsrat beauftragt, seine Zustimmung zu den bevorstehenden Kündigungen und Fahrpreiserhöhungen zu verweigern, und zwar solange, bis die Verwaltung Maßnahmen trifft, den Betrieb wieder zu heben und auch anderweitig dazu übergeht, sparsamer zu wirtschaften, und nicht nur allein durch Brotlosmachen Hunderte Familien aus den Reihen der Straßenbahner. Wir erwarten unweigerlich von der Verwaltung, daß sie sofort Maßnahmen trifft, was u. E. auch möglich ist, um den Betrieb wieder zu heben und um weitere Entlassungen zu vermeiden.

Wir glauben schließlich im Interesse der Allgemeinheit zu handeln, indem wir ernstlich bestrebt sind, keinen Abbau, sondern Aufbau des Straßenbahnbetriebes zu erstreben.

Fahrpersonal der Lübecker Straßenbahn.

Wie bei der steigenden Verteuerung aller Betriebsmittel eine Fahrpreiserhöhung stattgefunden kann, wird in dieser Zusammenfassung nicht gesagt, sondern nur dunkel angedeutet. Zweifellos recht haben die Straßenbahner, wenn sie es ablehnen, daß die Betriebsbeschränkung nur auf ihre Kosten gehen soll. Für praktische Vorschläge zur Betriebshekung werden sowohl unsere Vertreter wie die Behörde sicherlich dankbar sein. Daß aber den Benutzern der Straßenbahn die Ware „Beförderung“ unter dem Einstandspreis auf die Dauer geliefert werden soll oder kann, werden auch die Straßenbahner nicht behaupten wollen. Je weiter die Verschlechterung der allgemeinen Lebenslage fortschreitet, desto weniger wird das Publikum in der Lage sein, die Straßenbahn zu benutzen. Das liegt in der Natur der Sache. Die Vorwürfe der Straßenbahner müssen an zuständiger Stelle selbstverständlich gründlich untersucht werden.

Die Straßenbahn hat ihre Fahrpreise um das Hundertfache verteuert, während auf allen anderen Gebieten die Steigerung ins Uferlose geht. Vielleicht ist es auch angebracht, an dieser Stelle zu sagen, daß z. B. in Leipzig eine Fahrt 17 Mk. (Umsteiger 20 Mk.) kostet, und daß Berlin sich gezwungen sieht, entgegen den Einheitsstarif von 10 Mk. sofort auf 20 Mk. zu erhöhen oder weitgehende Einschränkungen vorzunehmen. Der „Vorwärts“ schreibt hierzu: „Dieses sprunghafte Anziehen der Tarife ist die Schuld der Stadtverordnetenversammlung. Durch das Hinausschieben der Beratung rechtzeitig eingegangener Magistratsvorlagen mußte die Lage des Unternehmens sich selbstverständlich verschlechtern. Bekanntlich sind die Tarife der Straßenbahn in den meisten deutschen Großstädten schon bedeutend höher als in Berlin. Die Verzögerung der Entscheidungen, die regelmäßig von den Deutschnationalen und Kommunisten veranlaßt wird, führt nachher zu einer um so größeren Belastung des Publikums.“

Quittung.

Für den Pressefonds gingen ein:
Beamte und Angestellte des Amtsgerichts und der Staatsanwaltschaft 200 Mk. — Sozialistische Postbeamte 1500 Mk. — Hochzeitsfeier, Bülowstraße 250 Mk. — D. M. 150 Mk. — B. M. 20 Mk. — Arbeiter der Schwefelsäurefabrik Dänischburg 562 Mk. — Für einen Dummengunstreich 100 Mk.

Das Parteisekretariat.
Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.



Dixie das dankbare Seifenpulver

ist sparsam im Gebrauch und billig.

ALLEINIGE HERSTELLER:
HENKEL & CO., DUSSELDORF

(8000)

Fabrikarbeiter - Verband
Zahlsche Lübeck.
Gesucht zum sofortigen Eintritt eine (8011)
erster Geschäftsführer.
Bewerbungen mit der Aufschrift „Bewerbung“ sind bis zum Sonnabend, den 14. Oktober 1922, abends 6 Uhr an unser Bureau, Johannisstr. 48, port. frg., einzusenden.
Die Bewerber müssen Mitglied des Verbandes sein.
Die Ortsverwaltung.

Fabrikarbeiter - Verband
Zahlsche Lübeck.
Gesucht zum sofortigen Eintritt eine nicht zu (8010)
weibliche Hilfskraft.
Bewerbungen mit der Aufschrift „Bewerbung“ sind bis zum Sonnabend, den 14. Oktober 1922 an unser Bureau, Johannisstr. 48, port. frg., einzusenden. Rückschlüsse werden nicht gemacht.
Die Ortsverwaltung.

Arbeitschuhe,
starke Stiefel für Herren und Damen,
langsch. Stiefel,
selbgr. Hüten, Mäntel
für Herren und Damen,
Anzüge usw.
O. Schröder, Holtenauerstr. 11.

Beckergrube 26
neu eröffnet 7895
Leder-Ausschnitt-Geschäft
Konkurrenzlos billiger Verkauf von Sohlleder für Schuhmacher und Selbstbesohler.
26 Kernlederhaus 26
Bedergr.
Visitenkarten werden in modernster Ausführung angefertigt bei **Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.**